

**Freie
Demokraten**

FDP

Schauen

wir nach

vorn!

**Das Programm der
Freien Demokraten Gelsenkirchen
zur Kommunalwahl 2020**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| I. Einleitung: Schauen wir nach vorn!..... | 1 |
| II. Bildung..... | 2 |
| 1. Kitas | 3 |
| 2. Talentschulen..... | 4 |
| 3. Vielfältige Schullandschaft in Gelsenkirchen..... | 5 |
| 4. Schulsozialarbeit..... | 5 |
| 5. Zustand der Schulen verbessern | 6 |
| 6. Homeschooling – Das digitale Schulzimmer | 6 |
| 7. Kooperationen zwischen Handwerk/Wirtschaft und Schule | 7 |
| 8. „MINT“-Kenntnisse verbessern! | 8 |
| 9. Berufskollegs..... | 8 |
| 10. Westfälische Hochschule: Her mit einem Campus-Konzept! | 8 |
| 11. Erwachsenenbildung und -fortbildung/lebenslanges Lernen..... | 10 |
| II. Digitalisierung | 10 |
| 1. Stärken erkennen und nutzen: Start-Up-Paradies GE! | 11 |
| 2. Gründer stärken! | 11 |
| 3. Umwelt-Start-ups | 12 |
| 4. Studentische Start-ups ermutigen! | 12 |
| 5. E-Government nach vorne! | 12 |
| 6. Starke Partner an Bord holen!..... | 13 |
| III. Wirtschaft und Mittelstand..... | 14 |

| | |
|---|----|
| 1. Mehr Wirtschaftskraft heißt weniger Armut | 14 |
| 2. Gewerbegebiete erweitern! | 15 |
| 3. Pandemievorsorge | 16 |
| 4. Allgemeiner Bürokratieabbau, digitale Verwaltung und Verwaltungslotse | 16 |
| 5. Investoren willkommen heißen!..... | 17 |
| 6. Start-up Kultur fördern..... | 18 |
| 7. Belebung der Innenstädte | 19 |
| 8. Gastronomie stärken..... | 20 |
| 9. Parkplätze | 21 |
| 10. Attraktive Steuersätze und Abgaben..... | 22 |
| 11. Tourismus als Wirtschaftsfaktor | 22 |
| IV. Finanzen..... | 23 |
| 1. Nachhaltige Kommunalfinanzen..... | 23 |
| 2. Stärkungspakt Stadtfinanzen | 24 |
| 3. Stadtfinanzen und wirtschaftliche Entwicklung..... | 24 |
| 4. Entlastung bei Bagatellsteuern..... | 25 |
| 5. Residenzpflicht für städtische Führungskräfte..... | 25 |
| V. Gesellschaftspolitik in der Stadt | 25 |
| 1. Offene Stadtgesellschaft..... | 25 |
| 2. Frauen..... | 26 |
| 3. Kinderarmut..... | 26 |
| 4. Inklusion | 27 |

| | |
|--|----|
| 5. Demografischer Wandel und Senioren | 27 |
| VI. Umwelt | 29 |
| 1. Klimaschutz..... | 29 |
| 2. Begrünung des öffentlichen Raums | 30 |
| 3. Kommunale Gebäude | 30 |
| 4. Naturelle Vielfalt..... | 31 |
| 5. Stadtplanung..... | 31 |
| VII. Verkehr..... | 32 |
| 1. ÖPNV | 32 |
| 2. Innovation nach GE: der upBUS | 32 |
| 3. Infrastruktur | 33 |
| 4. Fließender Verkehr | 33 |
| 5. Fahrradverkehr..... | 33 |
| VIII. Bauen..... | 34 |
| 1. Starke Stadtteile..... | 34 |
| 2. Ausweitung von Baugebieten..... | 35 |
| 3. Attraktive Wohngebiete | 35 |
| 4. Bürgerbus – Das mobile Bürgercenter | 36 |
| 5. Schnellere Genehmigungsverfahren..... | 36 |
| 6. Förderung altersgerechten Wohnens..... | 36 |
| 7. Kleingärten | 37 |
| 8. Sauberkeit..... | 38 |
| IX. Sicherheit | 38 |

| | |
|---|----|
| 1. Verhinderung von Brennpunkten..... | 38 |
| 2. Kommunalen Ordnungsdienst..... | 39 |
| 3. Modernisierung sicherheitsrelevanter Stellen..... | 39 |
| 4. Bekämpfung der Poser- und Raserszene | 39 |
| 5. Bekämpfung des Extremismus..... | 39 |
| X. Gesundheitspolitik | 40 |
| 1. Stärkung ambulante medizinische Versorgung | 40 |
| 2. Prävention stärken! | 40 |
| 3. Wasser-Zapfsäulen flächendeckend in allen Schulen..... | 41 |
| 4. Zähneputzen über Mittag in OGS..... | 41 |
| 5. NLP im Rettungsdienst..... | 41 |
| XI. Sport und Kultur | 42 |
| 1. Sportinfrastruktur..... | 42 |
| 2. Vereinsleben | 42 |
| 3. Kulturangebot..... | 43 |
| 4. Kunst- und Kulturmonat..... | 43 |

I. Einleitung: Schauen wir nach vorn!

Seien wir mal ehrlich! Große Euphorie lösen Kommunalwahlen in Gelsenkirchen leider nur selten aus. Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger hier die Chance, die Weichen für unsere Stadt zu stellen. Doch seit Jahrzehnten sprechen wir über den Strukturwandel und die Probleme unserer Stadt. Viele Menschen haben das Gefühl, dass wir hier nicht die Fortschritte machen, die möglich wären. Jetzt kommt auch noch die Corona-Krise hinzu. Sie gefährdet Gesundheit, soziales Leben, Wirtschaft, Arbeitsplätze und damit auch ganz konkret menschliche Existenzen. Sie fordert daher auch die Kommunalpolitik heraus, um unsere persönliche Freiheit wiederherzustellen und die wirtschaftlichen und sozialen Schäden zu beseitigen. Viele Menschen fragen sich, wie wir diese Herausforderung nun auch noch stemmen wollen, wenn sich schon vorher die Aufgaben so sehr getürmt haben.

Wir Freien Demokraten in Gelsenkirchen verstehen diese Frage gut. Über viele Jahrzehnte bedeuteten Kommunalwahlen in Gelsenkirchen immer das Gleiche. Egal, was passiert: Die immer gleiche Partei gewinnt. Routine, Langeweile und Stillstand machten sich breit. Über die Stadt der tausend Feuer legte sich an vielen Stellen kalte Asche, die bis heute schwer wie Blei auf ihr lastet. Das zeigen jedenfalls die nüchternen Fakten: Seit 1959 ist unsere Stadt von fast 400.000 Einwohnern auf mittlerweile etwa 260.000 geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und der Wohlstand gesunken. Deshalb breitete sich das Gefühl aus, dass sich bei uns zu wenig bewegt. Wir sind davon überzeugt, dass wir aber die alten Herausforderungen des Strukturwandels und die neuen Herausforderungen der Corona-Krise meistern können. Doch wenn in der Vergangenheit alt Gewohntes nicht funktioniert hat, dann müssen wir in Gelsenkirchen neue Wege ausprobieren. Neue Wege mit neuen politischen Mehrheiten. Das ist die Mission der Freien Demokraten in Gelsenkirchen.

Die Kommunalwahlen 2020 sind dafür eine gewaltige Chance. Denn schon jetzt steht fest: Der alte Oberbürgermeister wird nicht mehr der neue sein. Schon jetzt steht fest: Die alten politischen Mehrheiten werden nicht mehr die neuen sein. Schon jetzt steht also fest: Veränderung war noch nie so greifbar in Gelsenkirchen wie jetzt. Deshalb hilft es nichts, über die Vergangenheit zu klagen oder zu sagen, was alles schlecht in der Gegenwart ist. Die Chance zur Veränderung für eine bessere Zukunft ist jetzt da. Wir können die kalte Asche abstreifen und wieder tausend Feuer entzünden. Wir müssen die Härten sehen, die Corona für viele Menschen bedeutet. Aber wir dürfen

nicht an ihnen verzweifeln. Deshalb rufen wir allen Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchenern zu: Nutzen wir die Chance! Schauen wir nach vorn!

Die tausend Feuer unserer Zukunft werden andere sein als in der Vergangenheit. Kohle und Stahl werden nicht in Form einer kleinen Zahl großer Produktionsbetriebe zurückkommen. Nicht das eine Großprojekt wird tausend Feuer anzünden. Abertausend kleine Projekte können unsere Stadt wieder zum Leuchten bringen. Nicht die eine Maßnahme wird die Schäden, die Corona bei uns angerichtet hat, beseitigen oder mindern. Veränderung zum Besseren ist kein Elitenprojekt für „die da oben“, die den einen großen Wurf landen. Alle müssen mitziehen. Der junge Handwerksmeister, der den Sprung in die Selbständigkeit wagt, zündet ein Feuer an. Studentinnen und Studenten, die sich mit einer scheinbar verrückten Idee selbständig machen und ein Start-Up aufbauen, zünden ein Feuer an. Die Krankenschwester, die sich in einer Stadtteilinitiative engagiert, oder der Beamte, der sich um Nachbarschaftshilfe bemüht, zünden ein Feuer an. Die Nachbarschaft, die die Kneipe, das Café oder Restaurant um die Ecke unterstützt, zündet ein Feuer an. Tausend kleine Schritte führen uns alle gemeinsam ans Ziel.

Schauen wir nach vorn! Tun wir etwas dafür, dass sich wieder etwas bewegt in unserer Stadt. Schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass mehr Menschen wieder den Mut fassen, sich etwas zuzutrauen, etwas auf die Beine zu stellen und sich zu engagieren. Räumen wir die kalte Asche ab. Machen wir uns daran, die Schäden, die Corona bei uns angerichtet hat, beiseite zu räumen. Entzünden wir alle gemeinsam die neuen tausend Feuer. Das ist die Vision der Freien Demokraten für Gelsenkirchen.

II. Bildung

Das große Anliegen der Freien Demokraten ist weltbeste Bildung. Denn Bildung ermöglicht ein freies und selbstbestimmtes Leben. Bildung ist in einer Welt der Digitalisierung, der Wissensökonomie, der Dienstleistungswirtschaft, aber auch im Handwerk und in der Industrie der entscheidende Hebel für sozialen Aufstieg durch eigene Leistung. Bildung ist daher die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Wir wollen alle Kinder in ihren Stärken und Talenten fördern und kein Kind zurücklassen. Wichtiger als alle Umverteilung, die reparieren soll, was Bildungsdefizite hinterlassen haben, ist Investition in Bildung, damit möglichst wenig zu reparieren ist. Corona hat Schwächen unseres Bildungssystems offengelegt: Digitalisierung, Fernunterricht via Internet, aber auch die baulichen und hygienischen Zustände an unseren Schulen

haben eine akute Dringlichkeit gewonnen. Besonders ärgerlich ist, dass die Versorgung mit grundlegenden Hygieneartikeln (Flüssigseife und Papierhandtücher) von der Stadt als Schulträgerin nur schleppend anliefe. Diese Dringlichkeit müssen wir in einen Modernisierungsschub in der Bildung verwandeln. Hier kann die Kommune nicht alles erledigen, aber sie muss das verbessern, wofür sie zuständig ist.

1. Kitas

Bildung beginnt bei den Kleinsten. Gerade ganz am Anfang einer Bildungskarriere werden entscheidende Grundlagen gelegt. Daher ist Bildungsqualität gerade in Kindertagesstätten (Kitas) ein Gebot der Gerechtigkeit. Das alte Motto „sicher, sauber, satt“ genügt nicht. Qualität und pädagogischer Anspruch sind Voraussetzung dafür, damit jedes Kind die faire Chance hat, seinen eigenen Weg zu gehen. Deshalb wollen wir mit Hilfe des Landes die frühkindliche Bildung ausbauen und damit Lern- und Spielumgebungen für jede Menge fröhliches Kinderlachen schaffen. Mit dem „Pakt für Kinder und Familien“ und der Novelle des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) investiert die Landesregierung auf Initiative des zuständigen FDP-Ministers Joachim Stamp wie versprochen stark in die frühkindliche Bildung. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 stehen in Nordrhein-Westfalen zusätzliche jährliche Mittel in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro bereit.

Damit wird die auskömmliche Finanzierung der Kindertagesstätten gesichert – das gibt auch den Familien Sicherheit, dass ihre Kinder (weiter) eine hochwertige Kita besuchen können. Zusätzlich kann in die Flexibilität bei den Betreuungs- und Öffnungszeiten investiert werden. Durch die Möglichkeit, Kinder früher zu bringen oder später abzuholen, werden Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entlastet. Außerdem werden so weitere Investitionen in die Qualität der Kitas vor Ort möglich. Daneben gibt das Land eine Kitaplatz-Ausbaugarantie. Das heißt, jeder Platz, der von der Stadt zusätzlich geplant wird, damit jedes Kind einen geeigneten Betreuungsplatz findet, wird auch gefördert. Auch das gibt jungen Familien vor Ort mehr Sicherheit. Zusätzlich werden alle Familien durch ein weiteres beitragsfreies Jahr finanziell entlastet. Diese Gesetzesnovelle ist ein Meilenstein, den die Freien Demokraten federführend umgesetzt haben.

Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Förderung von Anfang an. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung, sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch der Kindertagespflege, hat deshalb größte Wichtigkeit. Wir wollen allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen und räumlichen Herkunft bestmögliche Bedingungen

bieten, sich zu entwickeln. Jedes Kind verdient es, durch eine unterstützende, anregende und motivierende Umgebung wachsen zu können und damit ein Leben mit allen Chancen zu bekommen. Wir unterstützen auch die Gründung von Betriebskindergärten, wo dies möglich ist.

2. Talentschulen

Die Landesregierung fördert Gelsenkirchen mit bisher vier Talentschulen. Diese Schulen sollen nicht nur dort einen Beitrag zu weltbesten Bildung leisten, wo die Voraussetzungen dafür besonders schwer sind. Sie sollen wie Leuchttürme in die Viertel scheinen und das soziale Leben und die Integration der Schüler fördern. Das Umfeld dieser Schulen soll zu einem Miteinander wachsen, um die Schüler bestmöglich auf die individuelle Entwicklung und die berufliche Karriere vorzubereiten. Mit den Talentschulen wird Respekt gegenüber der Bildung, den Lehrenden und den Schülern gezeigt. Die Freien Demokraten lassen kein Kind zurück! Das macht dieses Projekt der FDP-Bildungsministerin Yvonne Gebauer besonders deutlich.

Die Freien Demokraten setzen sich darüber hinaus dafür ein, dass Schulen an Standorten mit besonderen Herausforderungen insgesamt gestärkt werden. Wir begrüßen, dass deutlich mehr Lehrerstellen nach Kreissozialindex verteilt werden und es perspektivisch einen schulscharfen Sozialindex geben soll. Diese Mechanismen werden dafür sorgen, dass Gelsenkirchen besonders von Bildungsinvestitionen des Landes profitieren wird. Denn jeder weiß, dass diese Zahlen für Gelsenkirchen einen besonders hohen Bedarf an Investitionen aufzeigen werden. Auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit wiederum ist es ein wichtiger Schritt, dass wir besondere Bedarfe auch besonders berücksichtigen, also Schulen mit besonderen Herausforderungen auch mehr Unterstützung bekommen.

Das Konzept der Talentschulen kann und darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in allen Gelsenkirchener Schulen unverzichtbare Arbeit geleistet wird. Nicht nur Brennpunktschulen sind wertvoll. Auch in intakten Vierteln muss es ausgezeichnete Schulen geben, wenn die Mittelschicht auch in Zukunft ihre Perspektive in Gelsenkirchen sehen soll. Denn wo es keine guten Schulen gibt, da ziehen die Familien einfach weg. Das schwächt die Stadt als Ganzes.

3. Vielfältige Schullandschaft in Gelsenkirchen

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer Schullandschaft der Vielfalt. Dazu gehören auch Gymnasien und Realschulen neben Haupt-, Gesamt- und Sekundarschule. Da jedes Kind verschieden ist, kann auch nur eine Schullandschaft der Vielfalt zu individueller Förderung führen. Es gibt keine Einheitsschüler und daher macht auch eine Einheitsschule keinen Sinn. Wir wollen jedem Kind die Möglichkeit geben, sich entsprechend seiner Begabungen und Talente zu entfalten. Jedes Kind ist anders und braucht eine individuelle Förderung.

Wir setzen deshalb auf eine vielfältige Schullandschaft mit unterschiedlichen Schulformen – ob privat oder staatlich– mit einer möglichst hohen Durchlässigkeit. Unser Schulangebot ist bunt und soll es auch bleiben. Wir werden keine Schulform benachteiligen, sondern wollen jede angemessen stärken, damit jedes Kind den bestmöglichen Weg für eine gute individuelle Förderung und den eigenen Aufstieg finden kann. Ausdrücklich gehören für uns dazu auch die Stärkung der Gymnasien und der Erhalt der Förderschulen.

4. Schulsozialarbeit

Die umfassende Arbeit der Schulsozialarbeiter an den Schulen in Gelsenkirchen ist für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie den Eltern der Kinder enorm wichtig. Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit durch zusätzliche Unterstützung private Probleme zu bewältigen, damit sie sich gedanklich auf ihre schulischen Leistungen konzentrieren können. Lehrerinnen und Lehrer können durch die verbesserte Kommunikation aller Beteiligten die Schüler besser verstehen und einschätzen, sodass Unterrichtsinhalte und Unterrichtsvermittlung individueller gestaltet werden können. Für Eltern dienen Schulsozialarbeiter oftmals als Vermittler zwischen Schule und Familie, aber auch als weitere Unterstützungsmöglichkeit, um das private Leben besser regeln zu können.

Momentan sind die Schulsozialarbeiter an den Schulen nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Das muss sich in einer Stadt wie Gelsenkirchen, in der die Schulen mit Herausforderungen an verschiedenen Fronten wie Integrationsarbeit und prekären Milieus umgehen müssen, unbedingt ändern. Wir brauchen dringend die Kompetenz der Schulsozialarbeiter an den Schulen.

Deshalb fordern wir für alle Schulformen in Gelsenkirchen deutlich mehr Schulsozialarbeiter an den Schulen, um für alle Schülerinnen und Schüler sowie ihren

Familien unabhängig ihrer Herkunft mehr Chancengleichheit und Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen bieten zu können.

5. Zustand der Schulen verbessern

Beste Bildung kann nur gelingen, wenn den Schülerinnen und Schülern nicht im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt. Wir wollen deswegen die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden konsequent weiter vorantreiben und so ein modernes Lernumfeld schaffen. Denn nur wenn es nicht ins Gebäude regnet und Schülerinnen und Schüler auch intakte Toiletten nutzen können, können sie sich aufs Lernen konzentrieren. Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass die sanitären Einrichtungen und hygienischen Bedingungen an den Schulen in den Fokus gerückt sind. Diese Aufmerksamkeit müssen wir nutzen, um entsprechende Verbesserungen durchzusetzen. Es darf nicht sein, dass sich nach Corona die Dinge hier nicht zum Besseren wenden.

In die Schulen gehört dann neben dem ABC auch WLAN. Das ist die Voraussetzung, damit Bildung in der digitalen Welt ankommen kann. Die Freien Demokraten wollen die Digitalisierung der Bildung vorantreiben und dazu die Mittel des Digitalpaktes zügig und zielgerichtet verwenden. Auch weitere Fördermöglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, um die Digitalisierung an den Schulen schnellstmöglich umzusetzen.

6. Homeschooling – Das digitale Schulzimmer

In der Corona-Krise haben wir gesehen, dass nicht nur die Schulen im Allgemeinen besser ausgestattet werden müssen, sondern im Besonderen eine digitale Infrastruktur geschaffen werden muss, die das Beschulen von Kindern über das Internet jederzeit möglich macht.

Homeschooling, also „Fernunterricht“ per Internet, braucht mehr als Technik. Hier bedarf es einer engen Abstimmung zwischen der Stadt als Schulträger, der für technische Infrastruktur zuständig ist, und dem Land, das für pädagogische Konzepte und die Aus- und Fortbildung der Lehrer zuständig ist. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass einige Schulen zwar technisch für „Fernunterricht“ via Internet gerüstet waren, viele Lehrer, aufgrund der besonderen Situation, jedoch nicht. Es fehlte an digitalen Lehr- und Lernkonzepten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Stadt und Land hier gemeinsam für die Zukunft besser aufstellen.

Wir setzen uns dafür ein, den Modernisierungsdruck, den Corona entfaltet, für eine nachhaltige Verbesserung des Bildungssystems zu nutzen. Elemente des „Homeschoolings“ sind nicht nur für krisenhafte Ausnahmesituationen geeignet. Sie eröffnen auch Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am Unterricht, wenn sie krank oder verletzt sind. Daher fordern wir die möglichst rasche Umsetzung des „Digitalen Klassenzimmers“ flächendeckend in Gelsenkirchen. Dazu gehört eine angemessene Ausstattung mit Endgeräten bei Schülern und Lehrern sowie WLAN-Versorgung.

7. Kooperationen zwischen Handwerk/Wirtschaft und Schule

Das Handwerk ist die „Wirtschaftsmacht von nebenan“. Kaum ein Projekt kann gelingen ohne fähige Handwerker. Kam der Nachwuchs hier früher fast von allein, taucht auch hier heute aufgrund des demographischen Wandels immer häufiger ein Mangel an Fachkräften und Auszubildenden auf. Dagegen wollen wir etwas tun.

Wir Freie Demokraten sehen für das Handwerk langfristig besonders in Kooperation mit Schulen viele Chancen. Wir fordern daher Schulen und handwerkliche Betriebe dazu auf, in Zukunft bestehende Kooperationen zu vertiefen und neue Kooperationen zu bilden. Schülern soll so ein attraktiver Berufsweg aufgezeigt werden, der insbesondere praktisch begabten Schülerinnen und Schülern eine Erfolgsperspektive bis hin zum eigenen Handwerksbetrieb aufzeigt. Wir werben für eine mindestens bedarfsgerechte Anzahl von Ausbildungsplätzen bei Unternehmen in Gelsenkirchen.

Außerdem setzen sich die Freien Demokraten für eine Förderung wirtschaftlicher Kompetenzen ein. Die Schüler sollen neben einer guten Allgemeinbildung auch eine gute Vorbereitung auf das Berufsleben erhalten. Dazu gehört auch ein Grundverständnis wirtschaftlicher und betrieblicher Abläufe. Die Landesregierung geht hier voran und ermöglicht das Fach Wirtschaft. In der heutigen Arbeitswelt sollte ein Grundverständnis der Ökonomie sowohl für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als auch für Volkswirtschaften sowie den globalen Handel insgesamt vermittelt werden.

Zu diesen wirtschaftlichen Kenntnissen gehören unserer Ansicht nach auch Kenntnisse im Umgang mit der eigenen wirtschaftlichen Situation. Viele junge Menschen verschulden sich. Ihnen fehlen Grundtechniken im Umgang mit eigenen Einnahmen und Ausgaben sowie Grundkenntnisse über Verträge mit hoher Alltagsrelevanz wie zum Beispiel Handy- oder Fitnessstudio-Verträge. Diese Grundlagen zur selbstbestimmten Steuerung persönlicher Finanzen sollten besonders

in Gelsenkirchen den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, da viele junge Menschen bereits früh in die Verschuldung geraten. Hier bieten sich auch Kooperationen mit Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungen an. Deshalb regen wir beispielsweise Projekttag und –wochen an. Die Stadtverwaltung sollte hier als Kooperationspartner und Mittler aktiv werden.

8. „MINT“-Kenntnisse verbessern!

Kenntnisse aus den Bereichen der MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Technik) sind für Schüler von wachsender Bedeutung. Schon an Grundschulen muss das Interesse genau für diese Fächer geweckt werden. In Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg-Essen gibt es bereits an vier Grundschulen in Gelsenkirchen ein Pilot Projekt namens „Experimentamus“, welches von dem Verein „Schalke-blüht-auf“ initiiert wurde. Dieses Projekt sollte an mehr Grundschulen in Gelsenkirchen angeboten werden, um Nachwuchs in diesen Fächern zu fördern und schulen.

9. Berufskollegs

Berufskollegs sind eine wichtige Stütze des Bildungssystems. Sie führen eine große Zahl an Schülern zu ihren Abschlüssen. Gleichzeitig stehen sie jeden Tag vor enormen Herausforderungen bei Integration und Inklusion. Wir setzen uns für die Beseitigung der baulichen Mängel in den Schulgebäuden der Berufskollegs ein sowie für eine angemessene technische Ausstattung. Im Bereich Inklusion regen wir die Kooperation mit den zuständigen Förderschulen an.

10. Westfälische Hochschule: Her mit einem Campus-Konzept!

Gelsenkirchen kann stolz sein auf die Westfälische Hochschule am Standort Gelsenkirchen! Sie ist ein Ort der Forschung, aber auch der praxisbezogenen Ausbildung. Sie bietet vielen Menschen die Chance zu sozialem Aufstieg durch Bildung und eigene Leistung. Zugleich hat Gelsenkirchen noch zu wenig aus der Tatsache gemacht, dass wir Hochschulstandort sind. Von einer Hochschule können stadtplanerische und kulturelle Impulse ausgehen, die unsere Stadt zum Besseren verändern können. Diese Chance wollen wir nutzen!

Die Westfälische Hochschule befindet sich in einem modernen Gebäude in einem grünen Umfeld. Die Digitalisierung ermöglicht mobile Bildung. Es sind dennoch wenig

Lernmöglichkeiten im Grünen gegeben, die mit gutem WLAN und Stromanschluss ausgestattet sind. Das muss sich schnell ändern. Generell sollten mehr ruhige Plätze für individuelles Lernen geschaffen werden. Die Hochschule könnte so ein Ort des lokalen Lernens, nicht nur für Studierende, werden.

Gelsenkirchen ist keine klassische Studentenstadt. Deshalb fehlt es an Infrastruktur – z.B. Studentenwohnheimen in direkter Nähe zum Campus. Bislang existiert nur ein Gebäudekomplex in Erle an der Wodanstraße. Als Ergänzung für den Campus fordern wir daher ein Studentenwohnheim in direkter Nähe zur Westfälischen Hochschule oder in der Bierschen Innenstadt. Das hilft Hochschule und Innenstadt. Denn letztere würde durch Studierende neu aufleben. Studenten bringen frisches Leben und Nachfrage in Einzelhandel und Gastronomie. Das wäre auch ein Impuls, um die schweren wirtschaftlichen Einbußen, die insbesondere Gastronomie und Einzelhandel im Zuge der Corona-Krise erlitten haben, ein kleines Stückchen auszugleichen. Buer muss attraktiver für Gastronomen und den Einzelhandel werden. Studierende wollen neben hochschulischen Aktivitäten auch noch an einem aktiven Nachtleben teilhaben.

Viele Studierende, die den Campus per ÖPNV erreichen müssen, kommen nicht aus Gelsenkirchen. Sie sind darauf angewiesen, als ersten Stopp den Hauptbahnhof Gelsenkirchen anzusteuern. Die Anbindung des Campus an den Hauptbahnhof Gelsenkirchen sieht derzeit wie folgt aus: Studierende, die die WHS vom Hauptbahnhof aus erreichen müssen, haben während der Vorlesungszeit einmal täglich die Möglichkeit den E99 zu nehmen und 23 Minuten zu fahren.

Diese unzureichende Anbindung mindert die Attraktivität des Studienstandortes Gelsenkirchen. Wir finden, dass einmal pro Tag zu wenig ist und eine stündliche Taktung ideal sei. Studierende, die den Hauptbahnhof erreichen müssen, müssen einen Bus der Linien 396 und 399 nehmen, nach Buer fahren, dort in eine Straßenbahn steigen. Daher fordern wir jeweils eine stündliche Taktung, die vom Hauptbahnhof zu Campus führt und andersrum.

Wir halten es auch für wichtig, dass es eine vernünftige Anbindung an die Abellio-Linie S 9 gibt. Denn viele Studierende pendeln über diese Linie ein- und aus. Die Anbindung ist aber nicht nutzerfreundlich. Unsere Vision wäre eine Shuttle-Verbindung zum Campus – idealerweise mit der modernsten Technologie, die es gibt: selbstfahrende Busse, sobald dies technisch und rechtlich möglich wäre, oder die upBUS-Technologie, die Gelsenkirchen zu einem Aushängeschild modernster ÖPNV-Konzepte machen könnte. Weitere Anbindungen müssen geprüft werden, um

bedarfsgerecht eine bessere Erreichbarkeit des Campus von Recklinghausen, Gladbeck, Herten, Westerholt und Polsum aus zu gewährleisten.

11. Erwachsenenbildung und -fortbildung/lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen ist und wird immer aktueller. Die Arbeitsumwelt ändert sich immer schneller und wird immer komplexer. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich heute häufiger denn je auf die Veränderungen und komplexeren Arbeitssituationen vorbereiten und schulen.

Die Freien Demokraten fordern, dass Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden soll, bestehende Qualifikationen zu vertiefen oder einen neuen beruflichen Einstieg zu finden. Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten dürfen dabei nicht als Beschäftigungstherapie ausgestaltet sein, sondern müssen sich an der Nachfrage im Arbeitsmarkt orientieren. Denn nur die Vermittlung nachgefragter Fähigkeiten verspricht den Teilnehmern eine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Anbieter von Umschulungen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, sollten regelmäßig einer Erfolgskontrolle unterzogen werden: Erfolg in diesem Zusammenhang ist der anschließende (Wieder)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Es liegt im Interesse der Unternehmen und der Stadt Gelsenkirchen, dass Arbeitslose erneut und eventuell durch neue Qualifikationen den Weg zurück in ein wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben finden.

II. Digitalisierung

Die Digitalisierung ist Chance und Veränderung zugleich. Es handelt sich um eine vergleichbar durchgreifende Veränderung wie die Industrialisierung. So sehr wie die Industrialisierung das Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert verändert hat, verändert die Digitalisierung heute die Welt. Denn Gelsenkirchen ist mit der aufkommenden Industrialisierung groß und wohlhabend geworden. Ihr Abflauen hat zu unseren heutigen Problemen in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialem Miteinander beigetragen. Nur eine vergleichbare Entwicklung wie die Industrialisierung besitzt die Kraft, uns bei der Lösung unserer Probleme zu helfen. Und genau diese Kraft besitzt die Digitalisierung.

1. Stärken erkennen und nutzen: Start-Up-Paradies GE!

Wenn wir die Digitalisierung nutzen wollen, dürfen wir nicht auf unsere Schwächen schauen, sondern müssen unsere Stärken stärken. Und von denen haben wir nicht wenige: Gelsenkirchen hat eine Hochschule, an der Ingenieure und IT-Spezialisten ausgebildet werden. Die Qualität der Lehre ist hoch und die Absolventen sind hervorragend qualifiziert. Gelsenkirchen hat, was viele gar nicht wissen, eines der besten Glasfasernetze der Bundesrepublik. In der Umgebung der Stadt gibt es eine ganze Reihe weiterer Hochschulen und Universitäten. Die Infrastrukturanbindung ist gut. Mit anderen Worten: Gelsenkirchen könnte ein „Start-Up“-Paradies sein! Nirgendwo findet man so viele qualifizierte junge Menschen und hat zugleich eine so niedrige „cash burn rate“ (sprich: die Kosten für Immobilien und Lebenshaltung sind so günstig), kann also so lange mit dem eigenen Gründungskapital aushalten, bevor sich das eigene Geschäftsmodell finanziell selbst tragen muss. Dieser Gedanke des Start-Up-Paradieses muss unserer Ansicht nach eine tragende Säule im Standortmarketing und der Entwicklungsplanung der Stadt Gelsenkirchen werden.

2. Gründer stärken!

Technologischer Fortschritt entsteht nicht an wenigen Schreibtischen großer Konzernzentralen oder gar von Planungsbehörden. Innovation kommt durch Tüfteln, Ausprobieren und Querdenken zustande. Es braucht viele Leute, die den Mut haben, viel auszuprobieren. Nicht alles wird gelingen. Aber wenn von zehn Versuchen einer gelingt, der den Durchbruch schafft, ist viel gewonnen. Deshalb ist die Entwicklung einer Digitalwirtschaft in Gelsenkirchen besonders auf Gründer angewiesen. Sie braucht Menschen, die sich was Neues einfallen lassen und den Mut haben, ihre Idee unter realen Bedingungen umsetzen zu wollen. Digitalisierung wird nur durch viele Gründer vorangetrieben. Daher ist alles hilfreich, was es Menschen mit einer Idee erleichtert loszulegen.

Wenn Menschen gründen, dann sind sie mit tausend Fragen konfrontiert: Wie bieten sie ihr Produkt an. Wie können Kunden davon erfahren? Wieviel Geld benötigen sie für die Startphase? Wie kommen sie an dieses Geld? Und dann kommt auch noch die deutsche Bürokratie hinzu. Neben den vielen guten Beratungsprogrammen für wirtschaftliche und juristische Fragen, die es bereits gibt, wäre es deshalb gut, wenn es bei der Stadt Gründungslotsen geben würde. Sie helfen in der Startphase dabei, wie sich Probleme und Ärger mit den Behörden der Stadt vermeiden lassen.

3. Umwelt-Start-ups

Start-ups, also neu gegründete Unternehmen, sind mehr als Digitalisierung. Sie sind der Ort, wo neue Problemlösungen auf schwierige Fragen entstehen. Für uns Freie Demokraten ist die Ökologie Bindeelement zwischen allen Lebensbereichen. Wir sind überzeugt, dass eine Reihe von ökologischen Herausforderungen unserer Stadt mit dem Erfindergeist der Start-up-Kultur besser gemeistert werden können als nur durch staatliche Regulierung und immer neue Vorschriften. Wir begrüßen es daher sehr, dass besonders ökologische Start-ups in Gelsenkirchen vermehrt gegründet werden. Ökologische Start-ups stehen im besonderen Interesse, da die gesamte Stadt von Innovationen profitiert, die das Leben effektiv ökologischer machen. Partnerschaften zwischen großen Unternehmen und ökologischen Start-ups sollten durch eine Kooperationsplattform verfestigt werden. So kann durch das Zusammenspiel von Kapital und Know-How ein produktiver und zielorientierter Austausch stattfinden. Beide Seiten profitieren von einer solchen Partnerschaft.

4. Studentische Start-ups ermutigen!

Hochschulen können eine Keimzelle für Unternehmensgründungen sein. Das gilt insbesondere, wenn dort wirtschaftsnahe und technische Studiengänge gelehrt werden. Das ist an der Westfälischen Hochschule der Fall. Daher sollte die Stadt mit der Hochschule gemeinsam ein Konzept für die Unterstützung bei studentischen Gründungen auf den Weg bringen. Das bedeutet zum einen, dass studentische Gründer auf Know-How zugreifen können, um nicht später in bürokratischen Problemen zu ersticken. Zum anderen benötigen sie schlicht Räume, in denen sie tüfteln und ihre ersten unternehmerischen Schritte gehen können.

5. E-Government nach vorne!

Digitalisierung bietet gewaltige Chancen, bedarf aber auch eines Klimas der Offenheit. Die Stadtverwaltung sollte mit gutem Beispiel voran gehen. Unserer Ansicht nach geht das insbesondere durch mutige Einführung von „E-Government“, also digitaler Verwaltungsmethoden. E-Government ist kein „Liebesdienst“ für die Digitalisierung. Denn E-Government bietet die Chance auf eine schnellere, bessere und günstigere Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Langes Warten vor Bürostuben könnte durch Videotermine via Mobiltelefon oder Erledigung via digitalem Formular im Internet erledigt werden.

Für die erfolgreiche Einführung digitaler Arbeitsmethoden in der Verwaltung muss vor allem der Geist des „das haben wir schon immer so gemacht“ überwunden werden. Wer einen veralteten Arbeitsablauf digitalisiert, erhält einen digitalisierten veralteten Arbeitsablauf. Daher bedeutet Digitalisierung in der Verwaltung nicht nur Technik. Sie wirft die Frage auf, ob sich die Arbeitsweisen aufgrund der Möglichkeiten neuer Technik nicht fundamental ändern müssen – zum Nutzen der Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. E-Government bedeutet nämlich in aller Regel nicht nur Rationalisierung, sondern auch „Empowerment“, also mehr Entscheidungsspielräume für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie mehr Flexibilität und Souveränität im Umgang mit der eigenen Arbeitszeit – etwa durch mobiles Arbeiten.

Die ganze Kraft digitaler Verwaltung können wir aber nur dann nutzen, wenn es auch genügend Daten gibt. Digitalisierung und Daten gehören zusammen. Wichtig ist dabei die Unterscheidung von personenbezogenen Daten, also Informationen, die einem konkreten Menschen zugeordnet werden können, und anderen Daten. Personenbezogene Daten müssen besonders geschützt werden. Denn ihre Erhebung, Verarbeitung und Kombination gefährdet die Privatsphäre. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass alles, was sie tun, registriert und gespeichert wird, verändert sich unsere Gesellschaft. Sie wird ängstlicher und konformistischer.

Es gibt aber auch viele Daten, die entweder von Beginn an nicht mit konkreten Personen verknüpft sind oder die sich technisch sicher von einer konkreten Person trennen lassen, und somit allgemeine vorallem aber anonyme Informationen bereitstellen.

6. Starke Partner an Bord holen!

Machen wir uns nichts vor: Vieles in einer typischen Kommunalverwaltung basiert noch auf der Basistechnologie Papier. Aus diesem Grund kann die Stadtverwaltung nicht selbst die Fähigkeiten besitzen, die eigene Digitalisierung voranzutreiben. Das ist kein Vorwurf. Das ist ganz normal. Das gilt auch für andere Verwaltungen und auch die meisten Unternehmen. Es ist auch nicht sinnvoll, selbst die Expertise über Jahre teuer aufbauen zu wollen. Zum einen sind entsprechende Spezialisten kaum für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Zum anderen würden wir zu viel Zeit verlieren. Denn wer heute nicht beginnt, ist morgen bereits uneinholbar abgeschlagen. Daher muss es das Ziel sein, mit möglichst cleveren Partnern gemeinsam die Digitalisierung der Stadtverwaltung voranzutreiben.

Einen Teil dieser Partner gibt es bereits vor Ort. Mehrere Unternehmen in Gelsenkirchen und in der Region verfügen über starke IT-Kompetenzen und die Expertise, um Organisationen bei der Veränderung in der Digitalisierung zu beraten. Für die sollte sich die Stadt insbesondere öffnen.

Gelsenkirchen sollte bei der Wahl seiner Partner aber auch groß denken. Microsoft, Google und andere Digitalgiganten kaufen riesige Flächen oder bemühen sich auf andere Art zu lernen, wie sie die Fähigkeiten entwickeln, der Stadt der Zukunft mit Dienstleistungen nützlich sein zu könnten. Gelsenkirchen sollte sich hier öffnen und sich selbstbewusst als Partner anbieten. Frei nach dem Motto: Wer eine Stadt mit so vielen Baustellen wie Gelsenkirchen helfen kann, der kann jeder anderen Stadt auch helfen. Oder: „If you make it there you can make it anywhere!“

III. Wirtschaft und Mittelstand

Wir Freie Demokraten wollen Wohlstand, Wachstum und Mittelstand für Gelsenkirchen. Wirtschaft ist kein Gegner oder ein notwendiges Übel, sondern ein unverzichtbarer Partner der Politik, wenn es darum geht, dass mehr Menschen in Gelsenkirchen eine Perspektive für sich und ihre Familie finden, die finanzielles Auskommen mit Lebensqualität und dem Plan vom eigenen Leben verbindet. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist neben einer ausgezeichneten Bildungspolitik elementarer Grundstein für eine dynamische Weiterentwicklung unserer Stadt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Ein nachhaltiges Wirtschaftsklima, welches Leistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und unternehmerischen Mut fördert sowie eine neue Willkommenskultur für Unternehmen schafft, sind die besten Instrumente, um zukünftig den verschlafenen Strukturwandel bewältigen zu können. Der Gelsenkirchener Mittelstand und die ansässigen Unternehmen sind der Motor unserer Stadt. Sie schaffen neue Arbeitsplätze und generieren Wohlstand. Daher sollten die Gründung und Ansiedelung neuer Unternehmen, aber auch die Unterstützung bestehender Unternehmen eine Priorität für die Stadt Gelsenkirchen haben. Gerade die Unterstützung bekommt durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise eine neue Dringlichkeit.

1. Mehr Wirtschaftskraft heißt weniger Armut

Unternehmerinnen und Unternehmer sind uns vor Ort willkommen. Eine starke Wirtschaft, ganz besonders mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen, stärkt die ganze Stadt. Denn Arbeitsplätze und Gewerbesteuer bedeuten: soziale Sicherheit,

kommunale Einnahmen, geringere Sozialausgaben und mehr Lebendigkeit. Ziel der Politik muss es daher sein, bestehende Unternehmen zu unterstützen, Gründungen zu unterstützen und sich um Zuzug neuer Unternehmen zu bemühen. Denn Unternehmen bedeuten Arbeitsplätze. Ein eigener Arbeitsplatz ermöglicht jedem Menschen selbstbestimmt zu leben und sich unter Umständen aus einem Armutskreislauf zu befreien. Er ist die beste Form der sozialen Sicherheit. Besonders, wenn man die Zahlen der Kinderarmut in Gelsenkirchen betrachtet, ist eins sicher: Wirksam Kinderarmut zu bekämpfen bedeutet, die Arbeitseintrittsbarrieren für Eltern deutlich zu senken und eine gut funktionierende Wirtschaft in Gelsenkirchen zu etablieren.

Wirtschaftsförderung ist daher eine zentrale Aufgabe. Das heißt für uns: Attraktiv sein, einladen und kümmern. Standortbedingungen müssen attraktiv gestaltet werden. Das ist für die Ansiedlung neuer Unternehmen genauso wichtig wie für den Erhalt und die Erweiterung von bestehenden Unternehmen vor Ort. Neue Unternehmen müssen eine Willkommenskultur vorfinden – das gilt auch für Gründerinnen und Gründer und Start-up-Initiativen. Gute Ideen und neue Geschäftsmodelle sind für jeden Standort eine Bereicherung. Für die Unternehmen vor Ort setzen wir auf unser Leitbild vom unkomplizierten Staat, den Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen in gleichem Maße wie auf die großen Chancen der Digitalisierung der Verwaltung.

2. Gewerbegebiete erweitern!

Gelsenkirchen benötigt dringend mehr Gewerbeflächen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die IHK Nordwestfalen bei der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturförderung (GWS mbH) beauftragt hat. Diese Erkenntnis dürfen wir nicht ignorieren. Wir sollten den Bedarf an zusätzlichen Gewerbeflächen intelligent mit anderen Bedürfnissen verknüpfen wie etwa die leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Wiederbelebung stillgelegter Flächen und Gebäude.

Leerstehende Gebäude und Industrieruinen bieten Platz für weitere Gewerbegebiete. Sie sollen zukunftsorientiert gestaltet werden und Platz für innovative Unternehmen bieten. Zusätzlich sollen zur lebhaften Gestaltung Gastronomie, Kindertagesstätten (Kitas) und Grünflächen zusammengefügt werden, um einen Ort des Zusammenkommens für Unternehmer und Gründer nicht nur während der Arbeitszeit zu bieten. Die planungsrechtliche Prüfung für die Zulässigkeit sozialer Einrichtungen wie Kitas in Gewerbegebieten sollte im Rahmen des rechtlich Realisierbaren großzügig erfolgen. Denn durch kurze Wege zwischen Wohnort, Arbeitsplatz und Kita

steigt die Attraktivität des Standortes gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen Kindern. In ein solches Gebiet wollen wir „One Stop One Shop“ integrieren und Außenstellen der Wirtschaftsförderung und Verwaltung integrieren, um so eine kompetente Beratung bzw. Hilfestellung für Unternehmen, Gründer und Interessierte vor Ort zu ermöglichen.

3. Pandemievorsorge

In der Corona-Krise mussten viele Betriebe auf behördliche Anordnung schließen. Diese Maßnahmen kosten unsere Stadt Wirtschaftskraft. Die Schließung betraf aber nicht nur Unternehmen, sondern auch viele andere Bereiche wie Sport und Kultur. Das Ziel der Politik auf allen Ebenen muss sein, einen solchen breiten Shutdown zu verhindern. Dazu gehört Pandemievorsorge. Die Stadt kann dazu wichtige Beiträge leisten. Sie könnte ein Screening aller Betriebe, Einrichtungen, Anlagen und Vereine vornehmen, um einem undifferenzierten Shutdown zu verhindern. Bei diesem Screening muss überprüft werden, wie unter bestimmten Regeln (z.B. Abstand, Hygiene und so weiter...) welche Betriebe mit welchen Auflagen geöffnet bleiben können, welcher Sport auf welchen Anlagen wie möglich wäre. Diese komplexe Aufgabe kann nur kommunal geleistet werden, denn nur hier steckt das Wissen über lokale Gegebenheiten. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die Allgemeinverfügungen der Landesregierung bei ähnlich gelagerten Fällen in Zukunft, die sich hoffentlich nicht wiederholen, den kommunalen Ordnungsbehörden mehr eignen Entscheidungsspielraum einräumen.

4. Allgemeiner Bürokratieabbau, digitale Verwaltung und Verwaltungslotse

Digitale Verwaltung durch E-Government ist nicht nur ein starkes Signal pro Digitalisierung. Sie kann auch beim Bürokratieabbau helfen. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Denn wir Freie Demokraten wollen Bürger und Betriebe gleichermaßen von unnötiger Bürokratie entlasten. Die Stadtverwaltung muss hier ein regionaler Vorreiter werden und auf die Belange von Bevölkerung und Wirtschaft eingehen. Die kommunale Verwaltung darf nicht hinter der gelebten Realität in Gesellschaft und Wirtschaft herhinken, sondern muss mit der Innovationsdynamik mithalten. Die wirtschaftliche Dynamik darf nicht durch unnötige oder umständliche Regularien abgebremst werden.

Wo die Digitalisierung alles ändert, da muss sich auch die Verwaltung ändern. Wir brauchen in der Verwaltung mehr Fähigkeit und vor allem die Bereitschaft zu

Innovation und Erneuerung. Zum Bürokratieabbau bietet die Digitalisierung großartige Möglichkeiten: Wartezeiten auf den Ämtern, Papier- und Formularfluten, Telefonwarteschleifen, etc. könnten durch eine konsequente Implementierung der Digitalisierung der Vergangenheit angehören. Die Freien Demokraten wollen erreichen, dass alle Verwaltungsvorgänge auf einem digitalen Behördenportal ermöglicht werden können.

Für wirtschaftliche Angelegenheiten müssen passgenaue Schnittstellen entwickelt werden, die das Wirtschaften vereinfachen. Die Digitalisierung ist eine komplexe Querschnittsaufgabe – auch in unserer Stadt.

Für Unternehmen oder Start-ups, die sich in Gelsenkirchen ansiedeln wollen, oder für Unternehmen, die Erweiterungen vornehmen möchten, besteht ein hoher bürokratischer Aufwand. Allgemein müssen Unternehmensgründungen und -erweiterungen in Gelsenkirchen viel unbürokratischer erfolgen können. Die Stadt Gelsenkirchen muss hier handeln und durch einen Verwaltungslotsen attraktiver werden. Der Verwaltungslotse ist eine Person, die für alle bürokratischen Angelegenheiten direkter und dauerhafter Partner eines Unternehmens wird. Unternehmen und Gründer müssen so kein Ping-Pong mit einer Vielzahl einzelner Ämter und einer Vielzahl von Beamten spielen, sondern haben einen Ansprechpartner, der für alle zu beachtenden Regularien sensibilisiert, der widersprüchliche Anforderungen aus der Verwaltung gegenüber dem Gründer frühzeitig erkennt verwaltungsintern abstimmt und so bürokratischen Hürden senkt. Unternehmensgründungen und -erweiterungen werden somit erleichtert.

5. Investoren willkommen heißen!

Investoren, die ihr Geld in Gelsenkirchen anlegen möchten, sind Verbündete, um unsere Stadt attraktiver und lebenswerter zu machen. Denn private Investitionen können das Stadtbild aufwerten, das Einkaufsangebot verbreitern und Arbeitsplätze schaffen. Um dies zu erreichen, müssen Auskünfte schneller erteilt und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden. Sie dürfen sich nicht über Jahre ziehen. Die Wirtschaftsförderung muss sich von ihrem Selbstverständnis her als Verbündeter und Ratgeber verstehen, der Investitionen in Gelsenkirchen erleichtert. Wir wollen eine Willkommenskultur für Investitionen in Gelsenkirchen, da Kapital und neue Ideen dringend gebraucht werden.

6. Start-up Kultur fördern

Gelsenkirchen liegt im Herzen des Ruhrgebiets. Neue Unternehmen sind wichtige Wachstumsgaranten. Die Ursache für die geringe Gründungsbereitschaft haben IHKs in Nordrhein-Westfalen erstmals 2017 in einer gemeinsamen Studie untersucht. Die mehreren tausend befragten Gründer sehen Probleme insbesondere bei den bürokratischen Hemmnissen, der Steuergesetzgebung und der Gründungsfinanzierung. Eine Forderung ist, das Verständnis für unternehmerisches Handeln durch einen intensivierten Dialog zwischen Unternehmern, Schulen, Hochschulen und Verwaltungen zu verbessern. Weiter müssen Angebote geschaffen werden, um Start-ups sowie kleinere und mittlere Unternehmen besser miteinander zu verknüpfen. Großkonzerne sind schnell offen für Kooperationen mit Start-ups. Dies muss jedoch in Zukunft auch für die kleineren und mittelständischen Betriebe zur Regel werden. Gelsenkirchen kämpft noch mit seinem strukturellen Wandel. Deshalb ist gerade eine starke Gründungsdynamik besonders wichtig.

Wir fordern daher kurzfristig für alle Start-ups:

- Eine vertiefte Unterstützung bei der Ausarbeitung von Geschäftsideen, Maßnahmen, Marketing, Business-Plänen etc. durch Kooperationen etwa mit der IHK, Business Angels Netzwerken, eigenen Start-up-Camps etc.;
- Kooperationen mit Banken und Geldgebern, die über Expertise bei der Gründungsfinanzierung verfügen und bei Interesse an einem Business-Plan mit Potenzial, zügig Liquidität und Kapital zur Verfügung stellen können;
- Aufbau einer Kontaktdatenbank mit Notaren, Rechtsanwälten und Steuerberatern, die auf die Gründungsberatung spezialisiert sind;
- Einrichtung eines Technologie- und Gründerstammtisches, zum Austausch von Know-How.

Da vor jedem Innovationsprozess die Ideen stehen, wollen wir Freie Demokraten Anreize zum Gründen geben. Daher wollen wir mit einem Wettbewerb Menschen motivieren, ihre Ideen umzusetzen.

Wir Freie Demokraten wollen jeder neuen (Unternehmens-)Idee eine Chance geben. Daher sollten nicht nur Studierende oder junge Menschen im Bestreben nach einem Start-up gefördert und unterstützt werden. In jedem Alter sollte daher ein Zugreifen auf die zukünftigen Datenbanken, Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten geboten

sein. Wir wollen auch Senioren mit einbeziehen. Diese können selbst das zukünftige Angebot nutzen oder sich als Mentoren für junge Start-ups engagieren.

7. Belebung der Innenstädte

Der stationäre Einzelhandel steht unter Druck. Das wirkt sich auch auf die Innenstadtbereiche Gelsenkirchens aus. Leerstände und weniger Menschen, die die sich in die Innenstädte begeben, sind eine Gefahr für ihre Attraktivität. Leerständen muss daher mit attraktiven Modellen entgegengewirkt werden. Hierfür schlagen die Freien Demokraten Mietfördermodelle, Pop-up-Stores und verschiedene Events in Innenstädten vor. Mit Pop-up-Stores wollen wir Gründern die Möglichkeit geben, ihre Ideen, Produkte und Dienstleistungen auf eine bestimmte Zeit zu testen, um so ihr Geschäftsmodell zu validieren. Das Motto dieser Aktion ist „befristeter Raum für vergünstigte Miete“. Vermieter-Netzwerke sollten Kontakte zu den Inhabern von leerstehenden Ladenlokalen herstellen und pflegen, um Leerstände auch mit kurzfristigen Übergangs-Projekten zu bekämpfen. Die Gastronomie und der Einzelhandel beleben sich gegenseitig. Daher ist unser Ziel, eine ausgewogene Balance zwischen Gastronomie und dem klassischen Einzelhandel zu schaffen.

Die Innenstädte befinden sich im Wandel. Die Zunahme von Onlinehandel und Einkaufszentren setzen insbesondere die Einzelhändler unter Druck.

Diese Entwicklung können wir nicht aufhalten, aber wir können sie aktiv gestalten. Dazu müssen wir die Attraktivität der Innenstädte deutlich steigern und den Akteuren vor Ort mehr Freiheiten bei der Gestaltung geben.

Dazu haben wir eine Reihe konkreter Vorschläge:

- Abschaffung von Bagatellgebühren: Die Aufstellung von Werbepostern, Kleidungs- oder Kartenständern in angemessener Anzahl zur Geschäftsgröße sowie von Fahrradständern sollte grundsätzlich kostenfrei sein. Durch diese Maßnahme werden die Händler entlastet.
- Gestaltungssatzung: Wir wollen attraktive Innenstädte. Dafür brauchen wir eine Grundordnung in Form einer bereits bestehenden Gestaltungssatzung. Diese Gestaltungssatzung wird derzeit von der Stadt widersprüchlich durchgesetzt. Einerseits toleriert sie verbotene, vollflächig verklebte Schaufensteranlagen zum Beispiel in der Buerschen Innenstadt. Andererseits drohen Gastronomie und Einzelhandel hohe Kosten bei Abweichung von städtischen Vorgaben. Das

passt nicht zusammen. Daher wollen wir mehr Toleranz für die Außenwerbung von Gastronomie und Einzelhandel.

- Aufenthaltsqualität verbessern: Maßgeblich für den Erfolg einer Innenstadt ist die Aufenthaltsqualität – sprich: ob man sich dort wohl fühlt und dort gerne Zeit verbringt. Hierzu dienen insbesondere Cafés und Gastronomiebetriebe, Sitzgelegenheiten und Grünflächen. Ein nennenswertes Beispiel für eine gelungene Innenstadtaufwertung ist St. Gallen. Hier wurde eine Stadtlounge geschaffen, die zum Aufenthalt und Besuch der Stadt anregt. Die Künstlerin Pipilotti Rist und der Architekt Carlos Martinez haben dazu eine Art öffentliches „Wohnzimmer“ gestaltet. Die Lounge fasst mit einer Fläche von ca. 4.600 Quadratmeter alle Plätze und Resträume des Gebiets zu einem optisch einheitlichen Ganzen zusammen, indem ein durchgefärbtes Granulat wie eine Art „Teppich“ im Stadtbild wirkt und die Stadtmöblierung umspielt.
- Die Begrünung der Innenstädte wird nicht nur aus Klimagründen immer wichtiger, sie steigert auch die optische Qualität. Hier ist beispielsweise das Aufstellen von mobilen Pflanzkübeln eine Möglichkeit oder das Aufhängen von Blumenkübeln an Laternen. Eine weitere Maßnahme könnten Lichtkonzepte sein. Beleuchtung ist durch die LED-Entwicklung in der Unterhaltung kostengünstiger und flexibler geworden. Hier fordern wir für beide Innenstädte einen Künstlerwettbewerb für ein Lichtkonzept. Die Umsetzung soll dann mit privaten und öffentlichen Mitteln finanziert werden.

8. Gastronomie stärken.

Gastronomische Betriebe besitzen zentrale Funktion für eine lebenswerte Innenstadt. Sie sind Orte der sozialen Begegnung, der Erholung und des Verweilens. Die Corona-Krise hat der Gastronomie besonders schwer zugesetzt. Denn quasi über Nacht sind ihre Umsätze auf „null“ zurückgefahren worden. Auch die ersten Lockerungen lassen allenfalls einen sehr eingeschränkten Betrieb zu. Hinzu kommt die Sorge der Menschen vor Ansteckungen, die dazu führt, dass sie gastronomische Angebote meiden.

Um eine Pleitewelle zu verhindern, fordern wir auch umfangreiche kommunale Hilfen für unsere Gastronomie. Sie müssen insbesondere in Entlastungen bestehen. Die Gebühren für Biergärten sind in Gelsenkirchen beispielsweise höher als etwa in Essen-Rüttenscheid. Sie sollten mindestens bis zum 31.12.2021 ausgesetzt und

danach deutlich gesenkt oder, wenn möglich, ganz abgeschafft werden. Das schont die Liquidität der gastronomischen Betriebe und wäre ein Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Genesung.

Durch den teilweise eingeschränkten Publikumsverkehr durch die Corona-Krise müssen wir den Gastwirten der Stadt die Chance bieten, entgangene Umsätze zumindest teilweise aufzufangen. Dazu schlagen wir vor, die Außenbereiche auf Antrag kostenlos zu erweitern, sofern möglich. Ein Vorschlag ist, vorhandene Parkflächen als Terrasse zu benutzen, um in Einklang Abstand- und Hygieneregeln eine volle Auslastung der Gastronomie zu ermöglichen. Zudem wollen wir eine Überprüfung der Gebühren für die Konzession von Gaststätten. Diese scheint in unseren Augen deutlich zu hoch im Vergleich zu anderen Städten aus der Umgebung wie zum Beispiel Haltern.

Um die Gastronomie weiter zu stärken, müssen wir die Innenstädte zu urbanen Gebieten nach § 6a der Baunutzungsverordnung erklären. Dies ermöglicht die vielen konkurrierenden Bedürfnisse einer Innenstadt flexibel auszugleichen. Dazu zählen: kurze Wege zwischen Wohnen und Arbeiten, lebendige Gastro- und Einzelhandelskultur sowie Anwohnerinteressen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Forderung der Interessengemeinschaft Nachtleben nach einer zentralen Ansprechstelle für die Gastronomie in unserer Stadt – also das „one face the customer“-Prinzip zwischen Gewerbetreibenden und Verwaltung. So ist sichergestellt, dass keine widersprüchlichen Informationen von unterschiedlichen Stellen herausgegeben werden. Zudem entfällt eine Vielzahl verschiedener Behördengänge.

9. Parkplätze

Innenstädte leben auch von ihrer guten Erreichbarkeit. Hierzu zählt eine gute ÖPNV Anbindung und Parkplätze in unmittelbarer Nähe. Da Parkplätze in direkter Flächenkonkurrenz zu Außengastronomien stehen, müssen wir weitere Parkplätze schaffen, die über Shuttleservices erreichbar sind. Das wäre zum Beispiel in Buer auf der Königswiese möglich. Dort könne ein „park and ride“-Parkplatz entstehen.

Zudem wollen wir Parkplätze ab 16 Uhr kostenlos anbieten. Weiterhin setzen wir uns für ein Parkhaus hinter dem Buerschen Kunstmuseum ein. Hier sollten Investoren geworben werden, die ein Parkhaus entwickeln könnten, das in der unteren Etage eine Erweiterung des Museums beherbergt. Damit würden Parkplätze entstehen und das

Museum durch eine Erweiterung zusätzlich aufgewertet werden. Dieses Parkhaus soll sich architektonisch in die Umgebung einpassen.

10. Attraktive Steuersätze und Abgaben

Als Freie Demokraten wissen wir, woher das Geld kommt, das wir investieren wollen: nämlich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Damit vernünftig umzugehen, gebietet die Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Dazu gehört auch das Bestreben, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Unternehmen möglichst gering zu halten. Wo es die Haushaltslage zulässt, wollen wir Entlastungen auf den Weg bringen.

11. Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Wir Freie Demokraten sehen Gelsenkirchen und das Ruhrgebiet als Tourismusstandort. In Gelsenkirchen gibt es mit dem FC Schalke 04 einen echten Publikumsmagneten. Die „Zoom Erlebniswelt“ ist einer der besten Zoos Deutschlands. Das Musiktheater im Revier ist eine der bedeutendsten Bühnen Europas. Das Kunstmuseum in Buer beheimatet eine der umfassendsten kinetischen Sammlungen der Welt. Die Stadt bietet Industriegeschichte zum Anfassen. Gelsenkirchen hat somit gute Grundlagen für systematischen Tourismus. Auch der GelsenTrabPark und allgemein der Pferdesport bieten die Möglichkeit, überregionale Veranstaltungen in Gelsenkirchen zu veranstalten. Schon jetzt gibt es über 360.000 touristische Übernachtungen pro Jahr in unserer Stadt. Gelsenkirchen hat viel Sehenswertes das darauf wartet, genutzt zu werden, damit daraus noch mehr wird.

Die FDP sieht im Städtetourismus für Gelsenkirchen eine Chance. Die steigenden Übernachtungszahlen in den letzten Jahren zeigen, dass es hier auch eine steigende Nachfrage gibt. Die Tourismusbranche bietet Arbeitsplätze auf allen Qualifikationsniveaus. Sie bietet daher eine echte Chance für alle, die arbeiten wollen und können. Dies könnte einen positiven Effekt für den Arbeitsmarkt bedeuten. Daher fordern wir eine Stabsstelle Tourismus in der Verwaltung. Hier sollen Konzepte entwickelt werden, wie noch mehr Besucher in unsere Stadt gelockt werden können.

Wir befürworten die weitere Ansiedlung von Hotels im Arena-Park. Sinnvoll könnte auch die Ansiedlung eines Budget-Hotels entlang der touristischen Radwege durch das Ruhrgebiet sein. So könnte Fahrradtouristen angelockt werden.

Als touristische Highlights setzten wir auch auf neue Konzepte wie den upBUS, die Vermarktung der Stadt als Festivalstadt oder eine Aufwertung des Nordsternparks durch ein Badeschiff.

IV. Finanzen

Jede Bürgerin und jeder Bürger muss mit seinem Geld auskommen. Diese Anforderung muss auch für die Stadt gelten. Nur da, wo vernünftig priorisiert und kalkuliert wird, stehen Mittel für die wichtigen Aufgaben zur Verfügung. Solide Finanzen sind die Basis einer lebens- und liebenswerten Stadt und Garant einer funktionierenden Kommune.

1. Nachhaltige Kommunalfinanzen

Für Freie Demokraten ist verantwortungsvolles Haushalten auch eine Verpflichtung der Generationengerechtigkeit. Investieren wollen wir da, wo es in die Zukunft gerichtet ist. Die Freien Demokraten begrüßen die bessere Finanzausstattung der Kommunen durch die Landesregierung aus FDP und CDU: ab 2020 bekommen die Kommunen wieder einen deutlich höheren Anteil vom Land aus dessen Steueraufkommen. Erstmals seit 2006 erreichen die Mittel für die Finanzierung der Gemeinden damit wieder die sogenannten „echten“ 23 Prozent. Die Gemeindefinanzierung erreicht insgesamt eine Rekordhöhe. Die Mittel, die Kommunen für Schulen und Sportinfrastruktur erhalten, werden erhöht und gegenseitig deckungsfähig, können also je nach örtlichem Bedarf auch zwischen den Fördertöpfen verschoben werden. Das Land übernimmt außerdem zentral das Einfordern von Unterhaltsforderungen gegenüber unterhaltspflichtigen Elternteilen und erhöht gleichzeitig den Landesanteil am Unterhaltsvorschuss. So werden die Kommunen finanziell und personell entlastet.

Wir begrüßen zudem die Sofort-Hilfen der Landesregierung aus FDP und CDU im Zusammenhang mit der Corona-Krise:

- Für finanzschwache Kommunen (Stärkungspakt) gibt es eine Corona-bedingte Soforthilfe: Davon entfallen allein auf Gelsenkirchen 13,7 Mio. Euro.
- Alle Kommunen erhalten landesweit Liquiditätshilfen, um ihre Aufgaben zuverlässig erledigen zu können. Dazu gehören Lockerungen im Krediterlass, Liquiditätsversorgung der Kommunen durch die landeseigene Förderbank NRW.BANK sowie die vorzeitige Auszahlung der Mittel aus dem

Gemeindefinanzierungsgesetz 2020, die ansonsten nur quartalsweise ausgeschüttet werden.

Die Freien Demokraten Gelsenkirchen plädieren zudem dafür, dass die durch Corona verursachten Finanzschäden haushaltsrechtlich aus dem städtischen Haushalt isoliert werden und zum Zwecke weiterhin genehmigungsfähiger Haushalte herausgerechnet werden. Denn aus Corona dürfen den Kommunen keine Einschränkungen ihrer kommunalen Selbstverwaltung erwachsen.

2. Stärkungspakt Stadtfinanzen

Trotz allem bleibt die finanzielle Lage Gelsenkirchens angespannt. Die Stadt ist nach wie vor hoch verschuldet. Trotz der Niedrigzinsphase, bezahlt Gelsenkirchen jährlich etwa 25 Millionen Euro an Zinsen. Gelsenkirchen nimmt am Stärkungspakt Stadtfinanzen teil, so dass die Stadt einen Haushaltssanierungsplan aufstellen muss, der der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bedarf. Die Corona-Krise wird die finanzielle Lage weiteranspannen. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit werden die Summe der Einkommenssteuerzahlung der Stadt verringern, die eine Kennziffer für Zuweisungen des Landes ist. Zudem werden die Gewerbesteuereinnahmen vermutlich dramatisch einbrechen, weil viele Betriebe am Rande der Existenz stehen.

3. Stadtfinanzen und wirtschaftliche Entwicklung

Hier zeigt sich auch der wesentliche Hebel für die Einnahmen der Stadt: Arbeitsplätze, gute Löhne und gesunde Gewerbebetriebe sind die notwendige Bedingung für solide Einnahmen. Daher wäre es genau die falsche Antwort, auf die Zusatzlasten aus der Corona-Krise mit der Erhöhung der Hebesätze bei Gewerbesteuer oder Grundsteuer zu reagieren. Denn das würde Betriebe und Arbeitsplätze belasten und zu einer Abwärtsspirale der örtlichen Wirtschaft führen.

Um die Einnahmen dauerhaft zu steigern, müssen wir die Gewerbesteuereinnahmen steigern. Dies geht nur mit einer florierenden Wirtschaft in unserer Stadt. Daher brauchen wir eine große Werbekampagne zur Ansiedlung von Unternehmen. Geld dafür ist vorhanden, wenn man die Gelsenkirchen-Zeitung der Stadt einstellt, die keinerlei Mehrwert bietet und unnütze Kosten verursacht.

4. Entlastung bei Bagatellsteuern

Für Gelsenkirchen fordern wir die Abschaffung von Bagatellsteuern, die einen hohen Aufwand bedeuten aber keine signifikanten Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt haben, wie beispielsweise die Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen und die Gebühren zur Aufstellung von Werbereitern oder mit Werbung bestückten Fahrradständern. Um Tiere aus dem Tierheim möglichst schnell zu vermitteln, wollen wir eine Befreiung von der Hundbesteuerung von Heimtieren für mindestens drei Jahre.

5. Residenzpflicht für städtische Führungskräfte

Wir sind der Ansicht, dass alle Mitglieder des Verwaltungsvorstandes der Stadt Gelsenkirchen (also Oberbürgermeister, Kämmerer und Beigeordnete) und möglichst viele leitende Beamte der Stadtverwaltung ihren Erstwohnsitz in Gelsenkirchen haben sollten. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Das hätte grundsätzlich einen positiven Effekt auf die Schlüsselzuweisungen vom Bund. Es wäre zudem ein starkes Signal für die „Wohnstadt“ Gelsenkirchen. Am wichtigsten aber ist es, dass man die Stadt, deren Geschicke man lenkt, nicht nur aus dem Aktenstudium kennt, sondern auch aus dem eigenen täglichen Leben. Die Top-Verwaltungsbeamten sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir setzen uns daher für eine „Residenzpflicht“ des Verwaltungsvorstandes der Stadt ein.

V. Gesellschaftspolitik in der Stadt

Wir wollen eine Stadtgesellschaft, in der das Zusammenleben auf der Basis von Vielfalt, Toleranz und Respekt gelingt. Die Breite und Vielfalt des Lebens begrüßen wir und setzen auf ein funktionierendes Gemeinwesen, in das sich viele einbringen, in dem Dialog gelebt wird und in dem Menschen, die es im Leben schwerer haben, Unterstützung bekommen.

1. Offene Stadtgesellschaft

Die Freien Demokraten setzen auf ein Miteinander der Religionen und von Menschen unterschiedlichster Herkunft. Wir stehen für Toleranz und sehen Vielfalt auf dem Boden des Grundgesetzes als Bereicherung. Deswegen verteidigen wir die Werte der offenen Gesellschaft und treten jeder Form von Rassismus, Ausgrenzung und Intoleranz entschieden entgegen. Aus Verantwortung vor der Geschichte sagen wir

auch klar und eindeutig: Wir wollen, dass jüdisches Leben zu jeder Zeit und an jedem Ort sicher möglich ist.

Wir begrüßen die Förderung von Maßnahmen im Bereich LSBTI* auf Rekordniveau durch die Landesregierung aus CDU und FDP. Wie setzen uns dafür ein, konkrete Maßnahmen für Vielfalt und gegen Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität oder der sexuellen Orientierung auch vor Ort auszubauen und zu stärken.

Toleranz ist der wichtigste Wert der vielfältigen Gesellschaft. Aber sie kennt auch Grenzen. Wer selber intolerant ist, wer anderen keine Freiheit zugestehen und sie unterdrücken möchte, muss den entschiedenen Widerstand der wehrhaften Demokratie spüren. Das gilt besonders für Extremismus, der rechts, links oder islamistisch motiviert ist.

2. Frauen

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit einem individuellen Lebensentwurf. Wer seinen eigenen individuellen Lebensentwurf finden und leben will, der braucht alle Angebote: Beginnend mit flexibler Kinderbetreuung über Ausbildung in Teilzeit bis zu modernen Arbeitsformen. Der Staat hat die Aufgabe, die Chancengleichheit der Geschlechter sicherzustellen.

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist völlig inakzeptabel. Als Freie Demokraten ist uns die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen ein zentrales Anliegen. Nein heißt nein. Wir setzen uns daher für wirksame und schnelle Konsequenzen ein, wenn Täter die Ohnmacht, Behinderung oder Einwirkung von Drogen ausnutzen, um Frauen sexuell zu belästigen oder zu vergewaltigen. Das gilt in besonderer Weise, wenn dies als Gruppentat geschieht. Wir Freien Demokraten setzen uns gegen Kinderheirat, Genitalverstümmelung, Sexsklaverei, selektive Abtreibung weiblicher Föten, Zwangsverheiratung und den Ausschluss von Frauen und Mädchen bei Bildung und Teilhabe ein.

3. Kinderarmut

In unserem reichen Land ist es nicht akzeptabel, dass Kinder von Armut bedroht sind, oder diese tatsächlich erleben müssen. Wir betrachten die Entwicklung mit großer Sorge und fordern zügiges Handeln. Die Freien Demokraten begrüßen daher das Landesprogramm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ zur

Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut in besonders benachteiligten Quartieren. Langfristig ist Kinderarmut durch gleiche Bildungschancen und erwerbstätige Eltern zu bekämpfen.

4. Inklusion

Vor Ort gut leben zu können schließt in einer inklusiven Gesellschaft alle ein. Die Freien Demokraten setzen sich deswegen für die konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit aller öffentlichen Stellen ein. Das gilt für Gebäude, Anlagen, Verkehr, Kommunikation und Informationstechnik. Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, aber auch von älteren Menschen und Familien verbessern.

5. Demografischer Wandel und Senioren

Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft als Chance erkennen und nutzen: Wir leben in einer Zeit, in der sich das „Alter“ von Menschen im Vergleich zu den 1950er-Jahren um mindestens 15 Jahre nach hinten verlagert hat. Die Baby-Boomer der 50er bis 60er Jahre des letzten Jahrhunderts sind heute gesünder und fitter als Menschen gleichen Alters vor einigen Jahrzehnten. Menschen, die heute in beruflichen Ruhestand gehen, hätten überwiegend (bis auf schwere handwerkliche Tätigkeiten) das Potenzial, mindestens noch weitere 10 Jahre zu arbeiten. Den Freien Demokraten geht es hierbei nicht darum, das Rentenalter zu verschieben, sondern zu erkennen, dass ältere Menschen voller Leistungs- und Tatendrang stecken.

Die FDP will in dieser Altersgruppe Signale setzen, dass sie einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung Gelsenkirchens leisten kann. Lässt sich das Know-How dieser Menschen nutzen und mobilisieren, können daraus Arbeitsgruppen entstehen, die eine ganze Reihe von Lösungen zu Herausforderungen unserer Zeit erarbeiten und begleiten.

- Stichwort „Integration“: Insbesondere in Gelsenkirchen haben über Jahrzehnte des letzten Jahrhunderts Migranten (seinerzeit als „Gastarbeiter“ bezeichnet) und Deutsche friedlich und fröhlich miteinander gelebt und gearbeitet. Erst seit der Mitte der 1990er-Jahre driften z.B. muslimische Lebenswelten und die der christlich orientierten Deutschen zusehends auseinander. Wer kann die Frage nach den Ursachen besser erforschen, als die Generation, die über mehr als 40 Jahre ein friedliches und bereicherndes Miteinander gelebt hat und bis heute lebt. Stadtteil bezogene „Ältesten-Räte“ aus heute 60- oder 70-Jährigen,

Einwanderer und Deutsche, könnten sich dieser Frage widmen, sie in ihre Familien, in die nachfolgenden Generationen hineinragen und Antworten erarbeiten, die das weitere Auseinanderdriften der verschiedenen Kulturen in unserer Stadt vermindert oder verhindert.

- Stichwort „Einsamkeit“: Arbeitskreise aus allein lebenden Senioren und Seniorinnen im Zusammenhang mit mehr Bildung für Jüngere, sinnvolle Beschäftigungen, Beteiligung an Umweltschutz oder Aktionstagen aller Art, geben diesen älteren und alten Menschen einen Grund, die Wohnung zu verlassen und miteinander aktiv zu sein.
- Stichwort „Kinderarmut“: Insbesondere ältere und alte Menschen können Angebote erarbeiten und betreuen, die Kinder aus schwächeren Familien stärken und ermutigen. Nachmittagsbetreuung mit gesunder Kost, gemeinsame Ausflüge, Flohmärkte, Lesezirkel, Auseinandersetzung mit kulturellen Angeboten – das alles sind nur grob beschriebene Aktivitäten, die in diesem Zusammenhang angeschoben werden können.
- Stichwort „Industrie-Tourismus“: Wer kann Gästen besser zeigen und beschreiben, wie das Gelsenkirchen der 60er und 70er Jahre aussah, als Menschen, die zu dieser Zeit in der Blüte ihres Lebens standen. Führungen durch Stadtviertel, die lebendige Darstellung der Geschichte dieser Orte, Zechen-Besichtigungen oder Wanderungen auf Halden sind nur einige Möglichkeiten, wie eine Aktivierung der Generation 65+ Beiträge dazu leisten kann, Gelsenkirchen für Besucher zusätzlich attraktiv zu machen.

Der Phantasie sind bei einem proaktiven Umgang mit dem demografischen Wandel keine Grenzen gesetzt. Die Freien Demokraten sind entschlossen, dieses Potenzial zu heben und in einer klaren Win-Win-Situation für alle Beteiligten zu nutzen.

Unser Ziel ist dabei ein Miteinander der Generationen. Dafür fordern wir, die Einrichtung von Seniorenresidenzen, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern zu unterstützen, die ein würdevolles und finanzierbares Leben im Alter ermöglichen.

Gelsenkirchen soll sich in Zukunft durch senioren- und altenfreundliche Stadtteile auszeichnen. Um dies zu erreichen, muss auch die Kooperation sämtlicher zu diesem Zweck relevanten Einrichtungen verstärkt werden.

Wir setzen uns konsequent für Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein, wozu für uns auch die öffentlichen Verkehrsmittel gehören. Wir müssen die Strukturen im städtischen Raum erhalten, die notwendig sind, um möglichst lange selbstbestimmt leben zu können. Wir setzen hier auf einen konsequenten Ausbau der Telemedizin, der das Leben vieler Menschen sehr erleichtern wird. Die Digitalisierung wird hier zunehmend Chancen bieten.

VI. Umwelt

Die Freien Demokraten Gelsenkirchen wollen eine gesunde Umwelt für eine lebenswerte Stadt. Wir setzen dabei vor allem auf den Einsatz und die Weiterentwicklung moderner Technologien für den effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wir wollen Erfinden statt Verhindern.

1. Klimaschutz

Wir wollen das Klima wirksam schützen. Statt auf Symbolpolitik, wie das Ausrufen des „Klimanotstands“, setzen wir auf ganz konkrete Innovationen und Maßnahmen, die das Klima schützen und den CO₂-Ausstoß mindern. Dazu gehören unter anderem der Neu- oder Ausbau von Radwegen, Maßnahmen für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr und der Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebstechnologien. Die Einrichtung von Natur- und Erholungsflächen ist ebenso wirksam wie die Unterstützung von Garten- oder Artenschutzprojekten wie insektenfreundliche Grünflächen. Zusammengenommen erhöht dies die Lebensqualität vor Ort. Die Ausweisung von Flächen für neuen und umweltfreundlichen Wohnraum und die Unterstützung der Sanierung von bestehendem Wohnraum sind wichtige Bestandteile einer wirksamen Klimapolitik.

Wir wollen jährlich 1.000 neue Bäume pflanzen. Denn Bäume sind im Kampf gegen CO₂ die beste Waffe.

Die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes trägt dazu bei, dass mehr Menschen freiwillig auf das Auto verzichten und somit der CO₂ Ausstoß sinkt. Die Bestellung kleinräumiger Busse per App (on demand) ist eine zukunftsweisende Lösung, um zielgenau Personen abzuholen, was zu einer deutlich höheren Nutzung des Nahverkehrs führen könnte. Wir setzen uns hier für entsprechende Verhandlungen mit der BoGeStra ein.

Durch die Einsparung von Energie können nicht nur Kosten eingespart werden, sondern kann auch die CO2 Belastung gesenkt werden. Hier fordern wir die weitere Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED.

Zudem wollen wir die Straßenbeleuchtungen in den Bezirken mit Bewegungsmeldern ausstatten. Somit ist gewährleistet, dass die Straße oder der Gehweg beleuchtet sind, sobald sich dort jemand befindet. Im Gegenzug wird Energie eingespart, wenn niemand die Straßen benutzt. Zudem nimmt die Lichtverschmutzung ab und Tiere werden nicht in ihrem natürlichen Lebensrhythmus gestört.

2. Begrünung des öffentlichen Raums

Für uns Freie Demokraten ist der öffentliche Raum ein Ort der Begegnung und der Erholung. Er muss zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen – beispielsweise durch Sicherung von Frischluftschneisen, Beschattung in den Innenstädten und Maßnahmen gegen die Erhitzung. Wir fordern daher, die Ausweitung von Grünflächen in Gelsenkirchen.

Potenzial sehen wir bei der Niederlegung von Schrottimmobilien. Hier können versiegelte Flächen durch eine Begrünung als „Kiezpark“ nicht nur die Lebensqualität in der näheren Umgebung verbessern, sondern auch als Klimainseln das Stadtklima deutlich verbessern. Wo Schrottimmobilien nur für Kosten für die Eigentümer sorgen, könnten durch geteilte Lasten bei der Niederlegung „Win-Win-Situationen“ zwischen Eigentümerinteressen und der Kiez-Entwicklung entstehen.

Auch ungenutzte Wände und Fassaden wie beispielsweise Schallschutzwände müssen begrünt werden. Sie filtern dann nicht nur Schadstoffe aus der Luft, sondern sind auch effizienter in der Lärmvermeidung.

3. Kommunale Gebäude

Die Stadt Gelsenkirchen muss Vorreiter in der individuellen Begrünung von Gebäuden werden. Wir fordern die Stadt daher auf, nicht nur Bushaltestellen an den zentralen Omnibus-Bahnhöfen zu begrünen, sondern ebenfalls die neuen städtischen Schulgebäude, die derzeit geplant werden, komplett zu begrünen (inkl. Fassadenbegrünung). Wir müssen den aktiven Umweltschutz in unserer Stadt für eine bessere Luft und die Abkühlung der Innenstadt im Auge behalten und dies **in die** Planung neuer Gebäude berücksichtigen.

Wir fordern die Stadt auf, dass alle kommunalen Einrichtung langfristig klimaneutral werden. Wir fordern daher eine Begrünung der Fassaden und der Dächer, denn dies verbessert das Stadtklima und schafft Lebensraum für Kleintiere und Insekten. Außerdem ist die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden, die neben den Verwaltungsgebäuden auch E-Ladesäulen mit Strom versorgen, ein weiterer Schritt in Richtung der klimaneutralen Stadt. Dabei wollen wir die Erneuerbaren Energien ausbauen und dafür die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gewinnen.

Wir fordern des Weiteren die Begrünung innerkommunaler Räume. Saubere und gesunde Luft sollte für die Stadt als fürsorglicher Arbeitgeber selbstverständlich sein.

4. Naturelle Vielfalt

Der Erhalt des Waldes sowie von wohnortnahen Naturräumen sind wesentliche Faktoren, damit Gelsenkirchen weiterhin ein Ort mit hoher Lebens- und Erholungsqualität ist. Die Freien Demokraten setzen sich für eine Förderung der Biodiversität ein. Wir wollen dazu die verfügbaren Förderprogramme des Landes nutzen und auf kommunalen Flächen Maßnahmen voranbringen, die dazu beitragen, dass sich möglichst viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten dort ansiedeln. Wir setzen uns außerdem für einen Runden Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Waldbesitzer ein, um den Zustand des Waldes vor Ort zu bewerten und die Schadensbeseitigung sowie Wiederaufforstungsmaßnahmen zu koordinieren. Dies soll in einer kommunalen Waldstrategie münden.

Kurzfristig fordern die Freien Demokraten Gelsenkirchen, die Begrünung von Bus- und Bahnhaltestellen, um für Insekten auch innerstädtisch Ruheorte zu schaffen.

Unbewohnbare Flächen müssen renaturiert werden – so ist nicht nur über eine Aufforstung zu sprechen, sondern auch über die Schaffung von Mooren. Diese speichern viel mehr CO₂ und sind ein neuer Lebensraum für Flora und Fauna.

Für die Naturelle Vielfalt sind Bienen unabdingbar, daher fordern die Freie Demokraten die Ansiedlung mehrerer Bienenvölker im Stadtgebiet.

5. Stadtplanung

Wir Freie Demokraten fordern mittel- und langfristig eine Effizienzsteigerung in der Stadtplanung und -entwicklung. Wir sehen hier die Verwendung digitaler Planungs-

und Verwirklichungsprogramme als Effizienztreiber. Die Nachfrage in unserer Stadt führt oftmals zu Nachverdichtungsproblemen, baulichem Lückenschluss bis hin zur Erschließung neuer Stadtquartiere. Zeitgleich fordern die Bürgerinnen und Bürger ihr Mitbestimmungsrecht ein. An dieser Stelle treten der Stadtplanung neue Herausforderungen entgegen: Komplexe Planungsvorhaben, die ohnehin schon viele Interessensgruppen involvieren, sollen sich für die Beteiligten der Bevölkerung öffnen und ihr einen „Platz am Planungstisch“ einräumen.

VII. Verkehr

Gelsenkirchen braucht eine gute Verkehrsinfrastruktur. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pendeln ein und aus. Viele Betriebe sind auf An- und Ablieferungsverkehr angewiesen. Die Freien Demokraten setzen sich für die Wahlfreiheit jedes Menschen für Verkehrsträger ein und setzen auf die gegenseitige Rücksicht aller Verkehrsteilnehmer. Die Liberalen verfolgen deshalb eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen in den Blick nimmt und deren unterschiedliche Bedürfnisse zu berücksichtigen versucht.

1. ÖPNV

Wir Freie Demokraten wollen den ÖPNV neu denken. Dabei wollen wir das bestehende Netz erweitern und so auch das Angebot für Stadtteile, die nicht an der Nord-Süd-Achse liegen, verbessern. Dabei wollen wir auf Innovationen setzen, die den Bedarf langfristig sättigen können.

2. Innovation nach GE: der upBUS

Wir Liberalen setzen uns für eine neue, innovative ÖPNV-Erweiterung in unserer Stadt ein. Dazu wollen wir den upBUS nach Gelsenkirchen holen. Der upBUS, eine Art Kombination aus autonomen Elektrobussen und Seilbahn, ist eine innovative Alternative zu Bussen und Straßenbahnen, da er den Stau „überfliegen“ kann. Die RWTH Aachen hat dieses System entwickelt, um die Verkehrsbelastung in den Innenstädten zu senken. Darüber hinaus gibt es für eine Modellstrecke Fördergelder. Daher könnte eine Modellstrecke kostengünstig eine visionäre Erweiterung des ÖPNV Angebotes in unserer Stadt sein.

Als Modellstrecke können wir uns zwei Varianten vorstellen: Schloss Horst über Nordsternpark bis zum Hauptbahnhof, alternativ eine touristische Strecke vom Nordsternpark über Graf Bismarck bis zur Zoom Erlebniswelt.

Der upBUS bietet zahlreiche Vorteile: Wartezeiten entfallen, denn die Kabinen kommen im 30 Sekundentakt. Die Betriebskosten sind gering. Die Aachener Forscher haben errechnet, dass sie 2,5 Mal weniger als bei einem regulären Bus und zwei Mal weniger als bei Straßenbahnen betragen. Zudem überzeugen uns die geringen Baukosten und die vergleichsweise zügige Fertigstellung einer neuen Verbindung.

3. Infrastruktur

Eine Erweiterung und die Verbesserung des bestehenden Straßenverkehrs ist notwendig und Voraussetzung für den Wettbewerb mit anderen Kommunen im Ruhrgebiet.

Wir setzen uns für einen ökologischen Verkehr ein. Abgase des motorisierten Verkehrs wollen wir durch eine intelligente, stauvermeidende Verkehrssteuerung dramatisch reduzieren.

Wir setzen auf eine Mobilitätspolitik ohne Dogmen und Ideologie. Wir wollen einen flexiblen, hochwertigen ÖPNV, einen staufreien, motorisierten Wirtschafts- und Individualverkehr sowie einen schnellen und sicheren Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördern – zum Nutzen der Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft im Ruhrgebiet und einer sauberen Umwelt.

4. Fließender Verkehr

Durch effizientes und leistungsstarkes Baustellenmanagement und eine durch Abrufung der Gelsenkirchen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für den Verkehr, kann langfristig eine Grundlage für einen fließenden Verkehr geschaffen werden.

5. Fahrradverkehr

Die Zufriedenheit der Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener mit dem Fahrradverkehr ist vergleichsweise niedrig. Wir Freie Demokraten wollen den Fahrradverkehr in Gelsenkirchen sicherer machen. Wir brauchen mehr Radwege in unserer Stadt, denn insbesondere in der Innenstadt kann das Rad eine Alternative

zum Auto sein. Radwege, wie sie auf der De-la-Chevallerie-Straße in Buer errichtet worden sind, dienen weder der Akzeptanz, noch fühlen sich Radfahrer dadurch sicherer. Wir schlagen vor, den Mittelstreifen auf der De-la-Chevallerie-Straße als „Radhighway“ auszugestalten. Zudem können wir uns dies, auf dem Nordring vorstellen. Sollten diese Modelle gut angenommen werden, könnte das Konzept im gesamten Stadtgebiet Schule machen.

Ein positives Beispiel für die Akzeptanz und die Rolle des Fahrrads in der Innenstadt sind die holländischen Städte. Wir befürworten daher, den Radverkehr über eigene Trassen zu stärken. Der Einrichtung von Fahrradparkhäusern in Innenstädten stehen wir positiv gegenüber. Ein solches Parkhaus am Hauptbahnhof wäre wünschenswert.

VIII. Bauen

Wir Freie Demokraten fordern schnelleres Bauen, besseres Wohnen und eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung für Gelsenkirchen. Wir Freie Demokraten treten zugleich für die Stärkung dezentraler Strukturen in Gelsenkirchen ein, die den einzelnen Stadt- und Ortsteilen die größtmögliche Entfaltungsfreiheit erlauben.

1. Starke Stadtteile

Durch Baurecht und Ansiedlungspolitik ist dafür zu sorgen, dass die einzelnen Stadtteile über örtliche Nahversorgungsstrukturen verfügen. Hiermit wird beispielsweise auch älteren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten, Einkäufe auf kurzen Wegen zu tätigen. Wir wollen die einzelnen Stadtteile stärken, indem Baumaßnahmen gefördert werden, die der Bevölkerungsentwicklung entsprechen. Die Zurverfügungstellung von städtischem Grund und Boden ist eine weitere Maßnahme, die wir zur Stärkung der Stadtteile fördern wollen.

Darüber hinaus wollen wir die konsequente Anwendung des Baugebots auch § 176 des Baugesetzbuches im Zusammenhang mit sog. „Schrottimmobilien“ durchsetzen. Damit meinen wir insbesondere solche Gebäude, die trotz mangelhafter oder nicht vorhandener Wohnbarkeit an Menschen vermietet sind. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Sanierung, Abriss und/oder Neubau wird in vielerlei Hinsicht einen wesentlichen Anteil zur Verbesserung der Lebensqualität in den betroffenen Stadtteilen leisten.

2. Ausweitung von Baugebieten

Die Ausweisung attraktiver Bauflächen in Gelsenkirchen ist dringend nötig. Dazu wollen wir die zugrundeliegenden Fachverfahren stärker digitalisieren. Das erhöht die Transparenz und das Tempo der Verfahren wesentlich. So verkürzen sich die Bearbeitungszeiten massiv und eine schnellstmögliche Ausweisung weiterer attraktiver Baugebiete, sowohl für den Geschosswohnungsbau (Miet- und Eigentumswohnungen) als auch für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern wird erreicht. Nur durch eine echte Beschleunigung der Planverfahren und eine zeitgemäße, moderne Abwicklung in überwiegend digitalen Prozedere, wird insbesondere für jüngeren Familien ein Zuzug beziehungsweise der Verbleib in Gelsenkirchen nicht nur attraktiver, sondern grundsätzlich erst einmal ermöglicht.

3. Attraktive Wohngebiete

Wir Freie Demokraten wollen die Attraktivität bereits vorhandener Wohngebiete steigern. In vielen einst gefragten Stadtteilen Gelsenkirchens hält die Infrastruktur nicht mit der Altersentwicklung der Bevölkerung Schritt. Hierzu ist es erforderlich, attraktive, generationenübergreifende Begegnungsstätten zur Verfügung zu stellen. Das können Multifunktionsflächen sein, auf denen z.B. Boule oder Ballsportarten gespielt werden kann. Denkbar wären auch begehbare Schachbretter inkl. der zur Verfügungstellung des sonstigen Spielmaterials sowie Bänke und weitere Sitzgelegenheiten zum gemeinsamen Verweilen.

Als Hochschulstadt müssen auch Orte des sozialen Lebens für junge Menschen geschaffen werden. Die beschriebenen, generationenübergreifend zu nutzenden Flächen im öffentlichen Raum sind hierfür ein geeignetes Instrument.

Architektur ist der Schlüssel einer attraktiven Stadt. Sie überdauert und prägt Städte über viele Jahrzehnte. Eine verfehlte Stadtplanung und Architektur im öffentlichen Raum führt zu einer Abwertung der Stadt. Das können wir leider an vielen Stellen in Gelsenkirchen sehen.

Daher fordern wir für öffentliche und besonders prägende Gebäude einen Ästhetikrat. Dieser Rat soll über- und unparteiisch besetzt sein und die Kommunalpolitik bei ihren Entscheidungen beraten und ggf. ein Veto-Recht haben. Der Rat soll aus Architekten, Stadtplanern und Künstlern bestehen. Er soll alle fünf Jahre neu gewählt werden.

4. Bürgerbus – Das mobile Bürgercenter

Unsere Bürgerinnen und Bürger sind flexibel und das wollen wir noch weiter unterstützen. Um die Bürgercenter in Horst, Buer, Gelsenkirchen und Erle zu entlasten, wollen wir einen mobilen Bürgerbus einführen. Dieser Bürgerbus soll zudem seniorenfreundlich gestaltet sein und die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigen. So ermöglicht er kurze Wege, weil das Bürgercenter so in die Stadtquartiere fährt.

5. Schnellere Genehmigungsverfahren

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass die Verwaltung die Menschen und Unternehmen, die in unserer Stadt investieren wollen, beim Bauen unterstützen muss. Deswegen wollen wir die Baugenehmigungsverfahren durch offene, digitale Schnittstellen beschleunigen. Die schnelle Erteilung von Baugenehmigungen ist ein entscheidender Faktor, der maßgeblich zur Attraktivitätssteigerung des Standorts für Investoren und Bauherren beiträgt. Wir wollen daher, dass unsere Bauämter statt Aktenbergen aus Papier Bauanträge und -genehmigungen komplett digital verarbeiten. Das Baugenehmigungsverfahren soll dabei über eine webbasierte, barrierefreie Plattform und einen virtuellen Projektraum abgewickelt werden, wo nicht nur Antragsteller und Behörden, sondern auch weitere Dienststellen und Projektbeteiligte Dokumente einstellen und austauschen können. Ein solches Verfahren erhöht die Transparenz, verkürzt den Beratungs- und Kontrollaufwand und damit die Bearbeitungszeit deutlich.

Das Bauordnungsamt in Gelsenkirchen muss dringend personell verstärkt werden, um die Bearbeitungszeiten effektiv und deutlich zu senken. Zudem ist eine umfangreiche Digitalisierung notwendig, denn die Krise hat verdeutlicht, dass Bauanträge nicht vollumfänglich im Homeoffice bearbeitet werden können, da Akten und Pläne noch nicht komplett digitalisiert sind.

6. Förderung altersgerechten Wohnens

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung von Wohnraum ein, der den fortschreitenden demografischen Wandel in der Bevölkerung berücksichtigt und ein Zusammenleben von Jung und Alt sowie Menschen mit Handicaps unterstützt und für alle Generationen attraktiv macht. Es ist allerdings auch eine Tatsache, dass immer mehr altengerechte Wohnungen im Innenstadtbereich entstehen. Hier muss durch

vorherige weitsichtige Stadtplanung eine Konfliktsituation von Anwohnern und den Akteuren in der Innenstadt, insbesondere der Gastronomie und des Einzelhandels, vermieden werden. Dies kann beispielsweise durch eine schallmindernde Verglasung und Hinweise zu möglicher Beeinträchtigung in den Mietverträgen geschehen.

Für unsere Forderung nach einer aktiven, selbständigen und souveränen Teilnahme von Seniorinnen und Senioren am Leben in Gelsenkirchen ist die Qualität des Wohnumfelds maßgeblich. Sie entscheidet über die Chancen für ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden, auch bis ins hohe Alter. Wir halten es daher für erforderlich, die Stadt altengerecht und somit zukunftsfähig zu gestalten – durch gezielte Strategien in den Bereichen Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Sozial- und Kulturpolitik sowie Bildung, Sport und Freizeit.

Um es älteren Menschen zu erleichtern, möglichst bis an ihr Lebensende den Komfort und die Vertrautheit ihres eigenen Zuhauses genießen zu können, machen wir uns dafür stark, alle an den hierfür erforderlichen Prozessen Beteiligten frühzeitig zu unterstützen. Vermietern sollen z.B. nicht nur über die erforderlichen Maßnahmen informiert, sondern auch dabei unterstützt werden, ein altengerechtes Wohnen in ihren Objekten zu planen und umzusetzen. Auf diese Weise wollen wir ein jeweils selbstbestimmtes und in der Konsequenz einträchtiges Zusammenleben verschiedener Generationen langfristig zu sichern.

Insbesondere städtischer Grund und Boden sowie attraktive Baugebiete sollen gemäß unserer Forderung nach Wohnformen, welche das generationsübergreifende Zusammenleben von Familien und anderen Gemeinschaften fördern, auch mit einer bestimmungsgemäßen Verwendung für derartige Projekte bereitgestellt werden.

7. Kleingärten

Wir Freie Demokraten sehen die Kleingärten als Ort der Entspannung, der individuellen Freizeitgestaltung und als attraktive Erweiterung der „grünen Lunge“, die urbaner Lebensraum braucht. Kleingärten bereichern darüber hinaus das gemeinschaftliche Leben, unterstützen Sozialkontakte und bieten sinnvolle Beschäftigung für Menschen, die im fortgeschrittenen Alter aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Gleichfalls sind sie eine Begegnungsstätte der unterschiedlichsten Generationen und fördern das Miteinander von Jung und Alt. Wir unterstützen diese individuellen Naherholungsflächen.

8. Sauberkeit

Die Sauberkeit in der Stadt ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Wilde Müllkippen, abgestellte Schrottautos und vermüllte Bereiche führen dazu, dass sich Menschen unwohl und unsicher fühlen. Daher müssen wir sofort handeln. Die Gemeldet App ist dabei ein sehr guter Einstieg. Wichtig ist, dass Verstöße schnell durch die Ordnungsbehörden beseitigt und die Verstöße zügig geahndet werden.

IX. Sicherheit

Gelsenkirchen muss ein sicherer Ort sein. Denn Sicherheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Dabei geht es nicht nur um Maßnahmen, die das subjektive Sicherheitsgefühl stärken, sondern ganz konkret um eine gute Aufstellung und Ausrüstung der Polizei, aber auch der kommunalen Ordnungsbehörden. Die Freien Demokraten begrüßen deswegen die Aufstockung der Polizeianwärterinnen- und –anwärterstellen auf 2.500 sowie die bessere Ausstattung der Polizei durch die Landesregierung. Denn nur eine gut aufgestellte und ausgestattete Polizei kann für mehr Sicherheit sorgen. Das muss auch der Kommunalpolitik ein Ansporn sein.

1. Verhinderung von Brennpunkten

Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Bei der Sicherung des öffentlichen Raums setzen wir deshalb auf Ordnungspartnerschaften, also die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt. So wollen wir verhindern, dass Angsträume entstehen. Daher setzen wir uns für eine verbesserte Beleuchtung an diesen Orten ein. Durch eine entsprechende Anpassung von Straßen, Wegen, Unterführungen und Plätzen wollen wir bestehende Gefahrenpunkte beseitigen und verhindern, dass neue Gefahrenpunkte entstehen. Eine Videoüberwachung wollen wir **nur** an Kriminalitätsschwerpunkten einrichten, wenn die Sicherheit dort absehbar erheblich verbessert werden kann und das schnelle Eingreifen der Polizei sichergestellt ist.

Die Freien Demokraten begrüßen, dass die Bekämpfung der Clankriminalität durch die aktuelle Landesregierung endlich zu einem Schwerpunkt geworden ist. Wir sprechen uns dafür aus, die intensive Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen und die klare Null-Toleranz-Strategie fortzusetzen. Die Bekämpfung von Kriminalität, vor allem der organisierten oder Clan-Kriminalität, kann von städtischer Seite insbesondere durch das Vorgehen gegen Schrottimmobilien unterstützt werden. Die Verwahrlosung ganzer Straßenzüge nehmen wir deshalb nicht hin. Im Umgang mit Problemimmobilien

brauchen wir eine Gesamtstrategie, bei der alle beteiligten Ämter übergreifend zusammenarbeiten. Klar ist für uns: Rechtsfreie Räume darf es zu keiner Zeit an keinem Ort in unserer Stadt geben.

2. Kommunaler Ordnungsdienst

Wir Freien Demokraten wollen der Bildung von Brennpunkten vorbeugen. Wir fordern daher eine Personalaufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Weiterhin setzen wir uns für eine Flexibilisierung der Arbeit des KODs ein. Sinnvoll wäre, zur Entlastung der Polizei, den KOD nachts und am Wochenende einzusetzen. Die Sicherheit der Mitarbeiter des KODs muss jederzeit durch gute Ausrüstung und adäquate Weiterbildungen gewährleistet sein. Unsere Stadt ist multikulturell und das muss zu einer unserer Stärken werden. Wir fordern, dass verstärkt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im kommunalen Ordnungsdienst arbeiten.

3. Modernisierung sicherheitsrelevanter Stellen

Eine wichtige Voraussetzung, um sich vor Ort sicher zu fühlen, ist das Vertrauen, dass im Ernstfall schnell Hilfe kommt. Wir setzen uns deswegen dafür ein, haupt- und ehrenamtliche Feuerwehren sowie die Hilfsdienste des Katastrophenschutzes zu stärken und bedarfsgerecht auszustatten. Denn eine gute Ausstattung ist nicht zuletzt auch Ausdruck der großen Wertschätzung für das Ehrenamt im Bereich des Feuer- und Katastrophenschutzes.

4. Bekämpfung der Poser- und Raserszene

Die Raser- und Poserszene in Gelsenkirchen stellt eine große Belästigung für alle Anwohner der betroffenen Gegenden dar. Deswegen setzen sich die Freien Demokraten hier für eine schnellstmögliche Auflösung dieser Gruppierungen ein. Unser Credo: Das Posen und Rasen muss in Gelsenkirchen unattraktiv werden. Daher fordern wir die Anschaffung von mobilen Blitzern und mobilen Lautstärkemessgeräten. Außerdem muss die Kontrolle durch die Polizei und den Kommunalen Ordnungsdienst in betroffenen Regionen erweitert werden. Das geltende Recht macht hier bereits Vieles möglich. Es muss nur konsequent angewendet und durchgesetzt werden.

5. Bekämpfung des Extremismus

Extremismus ist ein Sicherheitsproblem. Es ist völlig egal, ob er von rechts oder links kommt oder religiös motiviert ist. Seine Bekämpfung ist vornehmlich die Aufgabe von

Polizei und Verfassungsschutz. Aber auch die Kommunalpolitik kann ihren Beitrag leisten. Daher wollen wir weder Statuen eines Massenmörders wie Lenin im Stadtbild noch wollen wir die vielen Hakenkreuzschmierereien in der Stadt akzeptieren. Sie schüchtern Menschen ein und spornen Extremisten zusätzlich an.

X. Gesundheitspolitik

Wir wollen eine gute medizinische Versorgung unabhängig davon, ob sie ambulant oder stationär erfolgt. Denn sie ist neben Sicherheit, Bildung und Wohlstand eine zentrale Säule einer lebenswerten Stadt. Darüber hinaus ist auch Prävention wichtig, die beispielsweise durch das Thema Ernährung forciert werden kann.

1. Stärkung ambulante medizinische Versorgung

In den letzten Jahren hat der Umbau der Krankenhausversorgung im Mittelpunkt der Politik gestanden. In den kommenden Jahren liegen die Herausforderungen im Bereich der ambulanten Versorgung – also insbesondere bei den Praxen der niedergelassenen Ärzte. In vielen Fachbereichen sind mehr als die Hälfte der Medizinerinnen und Mediziner älter als 55 Jahre und beabsichtigen, in den nächsten Jahren in den Ruhestand zu gehen. Finden sich hier keine Nachfolger, droht ein Ärztemangel beziehungsweise drohen lange Wartezeiten und eine Beeinträchtigung der ärztlichen Versorgung.

Dem wollen wir für Gelsenkirchen vorbeugen: Es muss eine Image-Kampagne seitens der Stadt initiiert werden, die unter Einbindung der Ärzte- und Zahnärztekammer sowie der Kassenärztlichen Vereinigungen um neue Mediziner für Gelsenkirchen wirbt. Wenn wir die ersten sind, die auf sich aufmerksam machen, haben wir eine Chance! Dabei soll durchaus pragmatisch argumentiert werden: Die Betriebs- und Lebenshaltungskosten in Gelsenkirchen sind niedrig. Damit ergeben sich gute Chancen, auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Betrieb.

2. Prävention stärken!

Unser Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Vielen Gesundheitsexperten ist das seit langem klar. Doch erst die Corona-Krise hat das einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt.

Dazu gehört Prävention, also Vorsorge, die dazu führt, dass man am besten erst gar nicht krank wird. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, sind Präventionsketten wichtig. Zahlreiche solcher Ketten gibt es bereits in Gelsenkirchen, vom ungeborenen Kind bis zum jungen Erwachsenen. Zudem gibt es zahlreiche Angebote für Senioren. Dazwischen klafft eine Lücke. Diese Lücke gilt es durch generationengerechte Programme zu füllen. Gerade in den Lebensjahren von 20 bis 60 wird der Grundstein für ein gesundes Älterwerden gelegt. Hier müssen lokal Programme erarbeitet werden, die die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mitnehmen und gleichzeitig die Eigenverantwortung des Einzelnen betonen.

3. Wasser-Zapfsäulen flächendeckend in allen Schulen

Ernährung und Gesundheit gehören auf das Engste zusammen. Beim Thema Ernährung muss auf Aufklärung gesetzt werden. Und das von Anfang an. In Kitas wird das schon praktiziert, besser wäre es, schon bei Schwangeren, Stichwort Baby-App, zu beginnen. An Schulen haben wir durch die Abschaffung der Subvention der Schulmilch schon eine Menge erreicht. Nun gilt es den nächsten Schritt zu machen:

Wir wollen Wasser-Zapfsäulen an den Schulen, wo Kinder gratis Trinkwasser erhalten. Bei der Einschulung könnte eine Trinkflasche als Geschenk überreicht werden. Gelsenwasser könnte hier als Sponsor angesprochen werden. So könnten die Kosten für die Stadt gering bleiben.

4. Zähneputzen über Mittag in OGS

Durch die Einrichtung der Offenen-Ganztagsschulen (OGS) mit Übermittagsbetreuung wurden auch Möglichkeiten der Einnahme von Mittagessen für die Schüler geschaffen. Leider gibt es keine adäquate Möglichkeit der Zahnreinigung nach dem Essen. Hier muss baulich sanitäre Abhilfe geschaffen werden, damit Zähneputzen möglich ist. Mit dem Arbeitskreis Zahngesundheit ist über die Ausstattung der Grundschulen mit Zahnbürsten und Zahnpasta zu sprechen. Darüber hinaus wäre wünschenswert, auch an weiterführenden Schulen den Kindern und Jugendlichen das Zähneputzen in adäquaten hygienisch einwandfreien Sanitären Anlagen zu ermöglichen.

5. NLP im Rettungsdienst

Gelsenkirchen hat die höchste Morbidität in Nordrhein-Westfalen. Das bedingt, dass wir auch die höchste Bettenauslastung im Klinikbereich haben. Ein Konzept des

Regensburger Anästhesisten Prof. Ernil Hansen sieht vor, bereits im Rettungsdienst auf Hypnose und Neuro-Linguistische-Programmierung (NLP) zu setzen. Durch Einsatz dieser Positiv-Konditionierung der Patienten (sinngemäß: „Ab jetzt kümmern wir uns um Sie und es geht ab jetzt aufwärts...“) kann die Krankenhausverweildauer um ein Drittel gesenkt werden. Dieses Konzept sollten wir in den Rettungsdienst in Gelsenkirchen etablieren.

XI. Sport und Kultur

Das Wohlfühlen in der eigenen Stadt hängt auch davon ab, ob man seine Freizeit gut und gerne hier verbringen kann und wie man von der Gemeinschaft aufgenommen wird. Oftmals hängt beides zusammen, denn Sport und Kultur sind wichtige Brücken für die Integration.

1. Sportinfrastruktur

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und gut ausgebaute Infrastruktur für den Breiten- und Freizeitsport ein – vor allem auch eine Sanierung und Modernisierung bestehender Anlagen. Wir begrüßen das entsprechende Förderprogramm des Landes hierfür. Beratungsangebote des Landes für eine Umstellung von Kunstrasenplätzen mit Mikroplastikfüllmaterial sollten genutzt werden. Außerdem setzen wir uns für die Öffnung der Schulsportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten sowie den Erhalt von Frei- und Schwimmbädern, die allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen, ein. Dabei wollen wir auch in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen stärken und ausbauen, wo es sinnvoll ist. Auch die Einbindung privater Investoren kann ein geeignetes Instrument zur Finanzierung von Sport- und Erholungsstätten sein.

2. Vereinsleben

In Gelsenkirchen gibt es eine große Diversität und Vielzahl an Vereinen. Die vielen Sport- und Kulturvereine sind wichtiger Bestandteil Gelsenkirchens und ermöglichen ein Miteinander und vertiefen den sozialen Zusammenhalt. Für uns ist daher wichtig, dass diese individuelle Vereinslandschaft langfristig ein Teil der Stadt bleibt.

3. Kulturangebot

Kultur verbindet, regt an zu Diskussion und Gedankenaustausch, spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhalt und der Entwicklung einer Gesellschaft und ist eine wichtige Quelle der Inspiration. Die Kunstfreiheit zu verteidigen und vor politischen Einflüssen jedweder Ausrichtung zu schützen, ist uns als Freien Demokraten in Zeiten erstarkender Extreme in der Gesellschaft wichtiger denn je.

Wir wollen in Gelsenkirchen ein hochwertiges und vielfältiges Kulturangebot sichern. Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung der freien Kulturszene, kultureller Initiativen sowie von Theatern und Orchestern ein. Die von der schwarz-gelben Landesregierung zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Förderprogramme leisten dazu einen wertvollen Beitrag.

Wir setzen uns für die Stärkung von Künstlern in Gelsenkirchen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Amateur- und Lientheatergruppen zu günstigen Preisen städtische Räumlichkeiten nutzen können.

4. Kunst- und Kulturmonat

Die Corona-Krise hat die Kunst- und Kulturbranche hart getroffen. Hier müssen wir auf kommunaler Ebene helfen, um unsere vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft zu sichern. Dies könnten wir durch eine „Art-Gelsen“, also einen Künstlermonat in der Stadt, erreichen. Hier sollen lokale Künstler Leerstände und Kleinbühnen in der gesamten Stadt bespielen können. Workshops und Ausstellungen in öffentlichen Gebäuden sollen das Interesse an Kunst und Kultur befeuern und die Solidarität mit lokalen Künstlern zusätzlich verbessern. Denn eine Stadt ohne Kunst und Kultur ist eine Stadt ohne Zukunft und Identität.